

Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **7 (1978)**

Heft 9

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höhern Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000*
*reduzierte Auflage im März und September: 22 000

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Nef, Liselotte Suter
Adresse: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. 0 (01) 47 75 30

Inserate: Inseratverwaltung «das Konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. 0 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
Annoncements: pro Jahr Fr. 18.- (Ausl. 22.-), PK-Konto 80-37626

Finanzplatz Schweiz S. 3-6

Wenn Firmen über sich selbst berichten:
Sozialbilanz schafft Firmenglanz Seite 7

Erfahrungen mit dem CVP-Regierungsmann P. Wiederkehr
Ein christlicher Blähmüsterer Seite 9

Vom grossen kleinen Unterschied
Frauen sind anders, Männer sind Seite 11

P.S. Wie gefällt Ihnen die letzte Seite?

Die «konzept»-Hilfe für den Alltag

Wie man Hexen erkennt



Die Hexe im Mittelalter



Die Hexe im Jahre 1978

Kennzeichen

«Drei Hauptplaster kennzeichnen die Hexe: Ungläubigkeit, Ehrgeiz, Unpünktigkeit.» Sie ist unersättlich und tritt vor allem als «Ehebrecherin, Hure oder Konkubine» auf.

Verhalten

«Infiziert den Liebesakt und die Empfängnis... Ruft Liebesraserei hervor... Hemmt Zeugungskraft der Männer... Entfernt zum Manne gehörige Glieder... Verwandelt Menschen in Tiergestalten... Opfert den Dämonen Kinder... Alles geschieht aus fleischerlicher Begierde.» (Hexenhammer - malteus maleficarum, Brüssel 1486)

Abwehr

Muss verbrannt werden.

Abwehrmannschaft

Inquisitorische Pfaffen und Mönche

Kennzeichen

«Reizt mit ihren Haaren und ihrem Gang die Männer. Wirkt auf Männer wie ein Fliegenfänger. Freiwild für Männer. Diese Eigenschaften können vererbt werden.» (Klinikbericht St. Urban, Luzern)

Verhalten

«Reizt mit ihren Haaren und ihrem Gang die Männer. Wirkt auf Männer wie ein Fliegenfänger. Freiwild für Männer. Diese Eigenschaften können vererbt werden.» (Klinikbericht St. Urban, Luzern)

Abwehr

Muss sterilisiert werden.

Abwehrmannschaft

Behörden und Ärzte

Terrorismus als Vorwand: Auch auf Gesetzesebene wird aufgerüstet

Der alltägliche Ausnahmezustand

Von Bruno Baeriswyl und Fredi Hännli

Die Schweiz erklärt dem Terrorismus den Krieg. Neue Gesetze, ein zentraler Polizeicomputer, die Bundesicherheitspolizei und massives Aufstocken der Polizeibestände in den Kantonen sollen in der Schlacht gegen gewalttätige Extremisten dem Staat zum Sieg verhelfen. Dass dabei auch Bürgerinnen und Bürger, die sich auf bisher erlaubte, gewaltfreie Weise gegen die herrschenden Zustände wehren, Streifschüsse abbekommen, kümmert selbst Liberale wenig. Auf der Rechten ist es

ohnehin Strategie: Die einfache Terroristenhetze hat das Klima für die Verschärfung der Repression geschaffen. Der «Internationale des Terrors» wird ein Verbund der Schnüffelpolizeien entgegengestellt: Helvetische Polizeichefs orientieren sich an den Zuständen im nördlichen Nachbarland. Die in der Bundesrepublik im Aufbau begriffene neue Geheime Staatspolizei (Gestapo) soll in modifizierter Form auch in der Eidgenossenschaft eingeführt werden.

Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit, wird in der Schweiz gegenwärtig ein polizeiliches Spitzelsystem ganz neuer Qualität aufgebaut. Die dazu verwendeten Mittel haben alle harmlose Namen: «Kriminal-Informationssystem KIS», «Bundesicherheitspolizei» (Busipo), «Revision des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes betreffend die Gewaltverbrechen». Hinzu kommen internationale Verträge: so ein europäisches Übereinkommen über die Bekämpfung des Terrorismus, welches die Zusammenarbeit der verschiedenen Geheimpolizeien legitimieren soll. Die Polizeimacht wird zunehmend zentralisiert: In der Schweiz wird die kantonale Polizeihohheit - bisher ein wichtiger Pfeiler des helvetischen Föderalismus - in wichtigen Bereichen faktisch abgeschafft.

Zentrale Schnüffelkartei

Neu sollen alle bisher in den verschiedenen Polizeikarten aufgeführten Daten über Verdächtige und Verurteilte in ein zentralisiertes Computersystem bei der Bundesanwaltschaft in Bern eingeeinget werden. Dieses erhielt von Polizeiminister Kurt Furgler den Namen «Kri-

mal-Informationssystem KIS». Die dafür notwendigen Gelder (Anschaffungskosten: 41 Millionen Franken) - werden vom Bund (ein Drittel) und den Kantonen bereitgestellt. Nach der Inbetriebnahme wird mit jährlichen Kosten von rund 4 Mio. Franken gerechnet. Dafür erhalten die Kantonspolizeistellen, Grenzstellen, Gemeinde- und Stadtpolizeien Computer-Terminals, mit denen sämtliche Daten über Verdächtige inert Sekunden abgerufen werden können). Nichts deutet darauf hin, dass die Polizeikarten, deren Existenz in der Vergangenheit mehrfach nachgewiesen und auch zugegeben wurde, von der KIS-Programmierung ausgenommen würden. Überdies: Die einmal registrierten bleiben dem Polizeiapparat rechtlos ausgeliefert. Weder ein schweizerisches Datenschutzgesetz noch das ungenügende KIS-Datenschutz-Reglement gestehen den Bespitzelten die Möglichkeit zu, die über sie gespeicherten Daten einsehen zu können. Damit wird auch verunmöglicht, dass vom KIS Erfasste eine allfällige Löschung falscher Angaben verlangen könnten. Mit unvermuteter Eigendynamik baut die Polizei ihre Macht aus. Der KIS-

Computer ist nur eine Möglichkeit, daneben stehen der Personalausbau bei den kantonalen Polizeien, die Bundesicherheitspolizei, die Revision des Strafgesetzbuches im Entwurf veröffentlicht, für die noch bis Ende Januar 1979 die Vernehmlassungsfrist läuft. Was da von einer Zirkon-Expertisekommission des Furgler-Departements (Besetzung: ausschliesslich Juristen) ausgearbeitet wurde, liefert die Grundlage für den optimalen Einsatz von Busipo und KIS-Datenbank. Hauptpunkte der Revision sind die Verschärfung der Strafbestimmungen für Gewaltdelikte, die Kriminalisierung von Vorbereitungshandlungen und als Kernstück neue «Antiterrorgesetz».

Zensur und Selbstzensur

Mit der Schaffung zweier neuer Gesetzartikel wird die Kriminalisierung weiterer politisch aktiver Bürger und Gruppen ermöglicht. Neu soll, «wer öffentlich, in einer Versammlung oder sonst einer vielen Menschen zugänglichen Weise zur Gewalttätigkeit gegen Menschen oder Sachen auffordert», verfolgt werden. Die Tatsache, dass jede Art von Gewalttätigkeiten, das heisst selbst die Aufforderung zu Tötlichkeiten oder Sachbeschädigung, von Amtes wegen zu verfolgen ist, öffnet der privaten Schnüffelei Tür und Tor. Zensur und Selbstzensur werden die Folge sein.¹

Hinzu kommt der neue Straftatbestand der «kriminellen Gruppe». «Kriminell» ist eine Gruppe laut Vorschlag der Experten nicht nur, wenn sie Mord, Raub, Erpressung, Geiselnahme oder Bombenlegen beabsichtigt, sondern auch wenn sie eine «Störung des öffentlichen Verkehrs» oder eine «Störung von Betrieben, die der Allgemeinheit dienen», im Sinne hat.

Im Namen des Volkes



«Terroristengesetze» in der Schweiz

Sondermassnahmen für Sonderfälle

Das schweizerische Strafgesetzbuch, (StGB), das 1938 in einer Volksabstimmung angenommen wurde und 1942 in Kraft trat, kannte noch keine Staatsschutzparagrafen. Staatsschutzermassnisse blieben neben dem StGB in Kraft. So wurde beispielsweise die Sicherheitsverordnung von politischen Tätern bis zu drei Jahren, auch nach dem Urteil, auf dem Verordnungswege eingeführt (Bundesratsbeschluss vom 4. 8. 1942).

Mit der Revision des StGB von 1950 werden die Staatsschutzartikel im Rahmen des «Abbaus der ausserordentlichen Vollmachten des Bundesrates» in das StGB aufgenommen. Das heutige StGB kennt unter dem Titel «Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und die Landesverteidigung» Artikel über Hochverrat (265), Landesverrat (Angriffe auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft, 266ff.) und als «Kernstück» die Artikel über die Gefährdung der verfassungsmässigen Ordnung (275, 275bis, 275ter).

Art. 275: Wer eine Handlung vornimmt, die darauf gerichtet ist, die verfassungsmässige Ordnung der Eidgenossenschaft oder der Kantone rechtswidrig zu stören oder zu ändern, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft. Ebenso wird mit Gefängnis bestraft, wer eine Vereinigung gründet, die bezweckt oder deren Tätigkeit darauf gerichtet ist, Handlungen vorzunehmen, die gemäss Art. 265, Art. 266, Art. 266 bis, Art. 271-274 (verbotener Nachrichtendienst), Art. 275 und 275bis mit Strafe bedroht sind, wer einer solchen Vereinigung beiträgt oder sich an ihren Bestrebungen beteiligt, wer zur Bildung solcher Vereinigungen auffordert oder deren Weisungen befolgt (Art. 275ter).

Zusammen mit den Artikeln 258 (Schreckung der Bevölkerung), 259 (öffentliche Aufforderung zu Verbrechen), 260 (Landfriedensbruch = öffentliche Zusammenrottung zur Begehung von Gewalttätigkeiten) verfügt die Schweizer Justiz bereits heute über einen Gesetzesapparat, der dank zum Teil recht vagen Formulierungen, auf jegliche Bedrohungen anwendbar ist.

In der Schweiz sind auch im Strafprozess Gesetzesartikel längst bekannt, die in der BRD oder Italien erst Sondergesetze erforderten. Und «besondere Massnahmen» der Untersuchungsbehörden werden vom Bundesgericht sanktioniert.

So gibt die Zürcher Strafprozessordnung dem Bezirksanwaltschaft, der gegenüber der Staatsanwaltschaft und der Justizdirektion weisungsgebunden ist, die Kompetenz, dringende Tatverdächtige bei Flucht- oder Verdunkelungsgefahr bis zu 14 Tage in Haft zu halten. In dieser Zeit kann dem Verteidiger der Kontakt zum Gefangenen gänzlich gesperrt werden. Bei «speziellen Sicherheitsrisiken» billigt das Bundesgericht den Untersuchungsbehörden auch «spezielle Massnahmen» zu. So hat sich im Kanton Bern - das Bundesgericht entschied eine Beschwerde der Anwälte von Kröcher/Möller - der Verteidiger für einen Besuch seines Klienten im voraus anzumelden. Die Verteidigerbesuche können beschränkt werden (eine Stunde an zwei Wochentagen). Der Verteidiger hat sich durchsuchen zu lassen, und es ist ihm verboten, Tonband oder Photoapparat mitzunehmen. Weiter sanktionierte das Bundesgericht die Überwachung der Verteidigerpost und eine Trennscheibe für die Gespräche zwischen Verteidiger und Klient.

Bereits wenn eine Straf- oder Disziplinaruntersuchung gegen einen Verteidiger im Gange ist, kann ihm nach Zürcher Recht, und in den meisten Kantonen, durch die Aufsichtskammer über die Rechtsanwälte das Anwaltspatent entzogen werden.

Fortsetzung auf Seite 2

echo echo

Weiter so schreiben?

«Deutschland, bleiche Mutter...»
von N. Meienberg, in Nr. 7/8, 78

Niklaus Meienberg hat wohl mal wieder seinen Schreibstift aufgemüht, und dabei ist ihm eingefallen: Ach ja, ich war ja kürzlich in Berlin. Das war sicher noch was fürs «konzept».

Also hurtig an die Schreibmaschine und ein paar Zeilen unter sich gelassen. Einen Titel zu finden ist ja nicht schwer, der ist zwar von Brecht und schon x-mal kopiert, passen tut er auch wie die Faust auf den Meienberg, aber immerhin: einen Titel hätten wir.

«Zum ersten Mal in Berlin.» Eine satte, informative Ankündigung gleich am Anfang, und dann zieht sich das Ganze Zeile um Zeile, kaugummiartig. Der Inhalt in einem Satz: Herr Meienberg war in Berlin, zwecks Recherchen für einen neuen Film, und hat sich ein paar Gefängnisse angeschaut und die Mauer auch.

Schön, schön, aber das reicht ja noch nicht für einen Artikel. Also das Ganze etwas aufgemotzt, mit der atemlosen Sprache des rasenden Reporters: «Also läuten am Gefängnistor. Sofort automatische Öffnung, sichtbar zwei Beamte hinter Panzerglas.» usw. Das soll wohl vortäuschen, M. sitze atemlos hinter der Schreibmaschine und sei selber darauf gespannt, wie's wohl weitergehe. Es hört sich aber eher wie ein Maschinengewehr mit Ladehemmung an, das Platzpatronen verschluckt.

Aber immer noch - o weh! - ist's nicht genug. Also setzt Niklaus noch zu einem kleinen politischen Tieflug an und gibt kleine, leicht lächerliche, antikommunistische Anekdotchen zum besten, persönliche Hasen, die mähen den Rasen. Der Tieflug endet dann auch unweigerlich mit dem geistigen Absturz, als Niklaus sich nicht entblödet, die Erteilung einer Busse für das Befahren einer Einbahnstrasse in der falschen Richtung (auch so gibt's tatsächlich im real existierenden Sozialismus) geradezu weidmännisch auszuweisen bis zur erfolgreichen Auslösung des Gähnr reflexes.

Tja, Niklaus, der Schritt von Journalismus zur Journalie ist eben doch klein...



aus: Seyfried «Wo soll das alles enden?»
Rotbuch-Verlag, Berlin 1973

HINTERGRUND

Hoffroche und das «loyale» Bundesgericht

Wieder einmal mehr ist der Basler Chemiekonzern Hoffmann-La Roche (Platz 5 auf der Umsatz-Rangliste) wegen seiner monopolistischen Umtriebe von einem ausländischen Gericht verurteilt worden. Nach dem Urteilsspruch des Berliner Kammergerichtes müssen nun die Preise für Librium und Valium um rund ein Viertel gesenkt werden. Nichtsdestotrotz kann sich der Basler Multi der «loyalen» Haltung der schweizerischen Behörden gegenüber seiner «Wettbewerbspraktiken» gewiss sein. Das Bundesgericht hat nämlich einen Tag vor Bekanntwerden des Berliner Urteilspruchs eine Beschwerde des ehemaligen Hoffroche-Mitarbeiters Stanley Adams abgelehnt, wonach in diesen Wettbewerbspraktiken für die Schweiz kein volkswirtschaftliches Gemeinwohlinteresse vorliege. Im übrigen hat das Bundesgericht die gegen Adams verhängte Gefängnisstrafe vollumfänglich bestätigt. Quintessenz: Das schweizerische Strafrecht schützt mit seinem «eigenwillig» gefassten Geschäftsgeheimnisbegriff einseitig feilhare Firmen vor der Anzeigenschuld ihrer Produkte, die für ihre Aufklärungsarbeit obendrein noch strafrechtlich verfolgt werden.

Vgl. dazu: «Ein Chemiekonzern schlägt um sich», Hoffmann-La Roche im Rechtsstreit mit den EG-Behörden und dem Schweizer Fernsehen. In «das konzept» 10/75.

Musik über formale Elemente (Aufbau) bezukommen, kann nicht gelingen; der Inhalt der Musik hat meines Erachtens viel grösseres Gewicht - sofern es sich wirklich um «grosse» Werke handelt. Natürlich, das Wissen Publikum goutierte damals auch Musik «in festgelegten Strukturen» der Form (Salieri, Pleyel u. a. m.), die heute fast vergessen sind. Hör man sich einige ihrer Werke an, so besticht zunächst die Form, beim zweiten Durchhören macht sich aber Langlebigkeit bemerkbar: die Musik weist nur wenig Gehalt auf, sie wirkt teilweise mechanisch, oberflächlich, unterhaltsam; sie zwingt aber nicht zum Hin-Hören, zum Zu-Hören.

Heute würde man Werke dieser Art wohl zur «Gebrauchsmusik» zählen; sie der Klassik zuzuordnen ist vermessend, und wahrscheinlich hätten sich ihre Autoren gegen solche Ansprüche wohl gewehrt, weil sie sich überdies auch tat. Quintessenz: Ich halte den Inhalt der Musik für weit bedeutungsvoller als den formalen oder strukturellen Aufbau, wenn es um ihre «politische Dimension» geht. Die Diskussion darüber zu führen ist fast unmöglich, da die Wirkung der Musik weitgehend über Emotionen und nicht über den Inhalt geht. Es ist demnach, sie benutzte Worte (gesprochene, gesungene) direkt als Aussage. Somit entzieht sich die (Instrumental-)Musik einer rationalen Deutung.

Der gangbarste Weg, die politische Dimension der Musik zu erschliessen, scheint im Satz «Musik kann gebraucht und missbraucht werden» zu liegen. Umfeldbeziehungen, politische Rahmenbedingungen also, welche der hier diskutierten Musik (klassische Instrumentalwerke) durchaus politischen Gehalt geben können, dann nämlich, wenn ihre emotionale Wirkung zum Beispiel ganz gezielt in Veranstaltungen eingesetzt wird. So etwa wurde das Engagement von Beethoven's 5. Sinfonie fast immer verstanden, jedenfalls solange man die Tempoangaben des Komponisten missachtet und die Melodie überdehnte (Karajan, Klemperer u. a. m.). Dagegen wirkte Carlos Kleibers Interpretation, die eben den Tempoangaben gerecht wird, aufgedringt, entschlackt, gefast neutral, nicht mehr gefühlsbeladen.

Heiri Leuzinger, Bremgarten

das konzept

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz, Telefon 01 47 75 30, PC-Konto 80-37626.

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Käng, Rolf Nef, Liselotte Suter.

Redaktionsstelle Bern: Fredi Häni, Tel. (031) 25 88 05

Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk, Auflage 32 000 (reduzierte Auflage im März und September: 22 000).

Inserate: Inseratverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. 01 47 75 30, PC-Konto 80-36651 15-pennig-Zeile - 62 Fr. (übliche Basis) pro Zeile.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich

Mitarbeiter-Sitzung: 15. 9. 78
Weinbergstrasse 31 12.00 Uhr
Redaktionsschluss: Nr. 10: 22. 9. 78
Inseratenschluss: Nr. 10: 30. 9. 78

Übergangen?

«Padein, im Medien-Verband», von Niklaus Meienberg, Nr. 6/78

In der «konzept»-Nummer vom 6. Juni 1978 schreibt Niklaus Meienberg auf Seite 5 in seinem Artikel «Padein, im Medien-Verband» im Zusammenhang mit Manövern verschiedene Chefredaktionen: «Im Tagi, wird Peter Meier, der redaktionsintern am meisten Stimmen bekam, von der Geschäftsleitung übergeben». Im TA vom 29. Mai hatte ebendiese Geschäftsleitung auf Seite 17 bekanntgegeben: «Letzte Woche haben Verwaltungsrat und Geschäftsleitung Peter Meier zum Mitglied der vierköpfigen Chefredaktion des «Tages-Anzeiger» ernannt. Meier, der bisher als Kulturredaktor wirkte, wird sein Amt am 1. September antreten. Vor der Ernennung übte die Redaktion ihr institutionalisches Vorschlagsrecht aus.»

Denksportaufgabe für kritische Leser: Welches Organ hatte diesmal wohl die grösseren Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit?

Peter Meier, Kulturredaktion «Tages-Anzeiger»

Peter Meier erhielt von der Redaktion des «Tagi», als diese von ihrem Vorschlagsrecht punkto Chefredaktion Gebrauch machte, am meisten Stimmen. In zweiter Stelle folgte Viktor Schlumpf, an dritter Peter Studer. Zur Vorsitzenden der Chefredaktion wurde darauf von der Geschäftsleitung Peter Studer gemacht. Wenn Peter Meier auch nur einen kleinen Vorsprung vor den nachfolgenden Kandidaten hätte, so hätte in einer Demokratie dieser doch genügt, ihn zum Chef der Chefredaktion, das heisst des vierköpfigen Gremiums, zu machen. Zeitungen sind aber keine Demokratien, und genau davon war in meiner Glosse die Rede. Der Ausdruck «übergangen» ist nicht zutreffend, wenn die Viererbande des Tagi

Offene Türen für Leiter

«So sind die Zustände: kaputt und kräh'n drum nach Veränderung», von Niklaus Meienberg, in Nr. 6/78

Die Lektüre des vorerwähnten Artikels in Nummer 6 Ihres Blattes versetzte uns in Erstaunen; die Berichterstattung entspricht leider nicht ganz genau den Tatsachen. Niklaus Meienberg wurde von Martial Leiter persönlich darüber unterrichtet, dass «Construire» seit einigen Jahren - nebst auch noch anderen weniger gut bekannten Schweizer Pressezeugnissen - sehr häufig Karikaturen von Martial Leiter veröffentlicht hat und er bei uns immer offene Türen vorfand. Als Beilage sende ich Ihnen eine kleine Auswahl von Leiters Karikaturen, die bei uns im Verlaufe der letzten 1 1/2 Jahre publiziert wurden. Sicher begreifen Sie, dass mir diese Berichtigung am Herzen lag.

Charlotte Hug, Chefredaktorin «Construire»

Martial Leiter hat mich persönlich darüber unterrichtet, dass heute, nachdem die Zusammenarbeit mit «Construire» zeitweise recht gut ausgefallen sei, die interessantesten Aufträge dieser Zeitung höchst rar geworden sind; eine Erfahrung, die er bei allen anderen bürgerlichen Blättern auch machen dürfte («Tribune de Lausanne» usw.) Niklaus Meienberg

Fortsetzung von Seite 1

zelle Vorstellungen, sind von der Wissenschaft längst widerlegt.

Waren bisher nur Vorbereitungs-handlungen zu besonders gefährlichen Delikten (beispielsweise Sprengstoffdelikte) unter Strafe gestellt, so besteht nun im revidierten Katalog der ganzen Katalog von Delikten. Dabei geht es nicht nur um Vorbereitungen eigentlicher Terroraktionen. Die Expertenkommission in ihrem Bericht wörtlich: «Sind die (...) Vorbereitungs-handlungen nachgewiesen, so setzt die Strafbarkeit ein, unbekümmert darum, ob die beabsichtigte Gewalttat als terroristische Tat angesehen werden kann.» Als Vorbereitungs-handlungen eingestuft werden so «das planmässige Auskundschaften der Gelegenheit zu Gewalttaten, wie durch genaues Überwachen des vorgesehenen Opfers und seiner Lebensgewohnheiten, (...) das Auspähen der Möglichkeiten, (...) das Aufstellen von Listen der Angehörigen von Polizeieinheiten mit Adressen und Photographien.»

Dem Eingreifen der Polizei bei geringem Verdacht steht nichts mehr im Wege. Und die Polizeitrettmacht steht bereit. Die Buspo... faktisch bereits geschaffen und im innenpolitischen «Ordnungsdienst» zum Einsatz gebracht (Moutier, Gösgen 1977).

Fremde Macht im Land

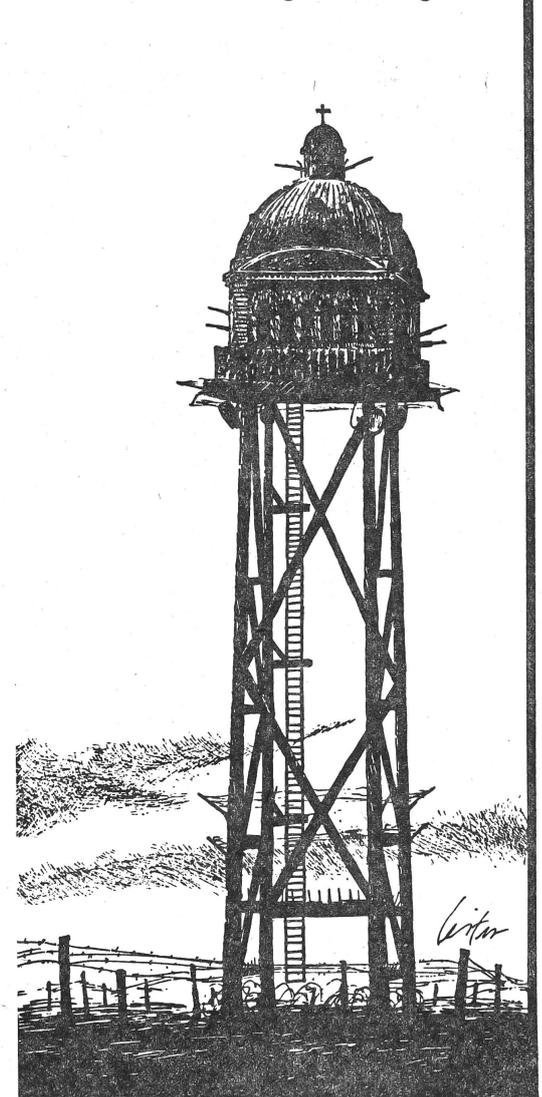
Längst arbeiten auf Schweizer Boden Legionen von Antiterror-Geheimdienstlern aus dem Ausland. Im Mai übten eidgenössische Antiterrorbrigaden im Beisein von bundesdeutschen GSG-9-Kadern den Ernstfall: Geiselnahme zur Freipressung der in Bern inhaftierten Terroristen Kröcher und Moeller. Der Chef des deutschen Bundeskriminalamtes (BKA), Horst Herold, führte kurz darauf Polizeiminister Furgler sein Monster-Computersystem vor. Auf dem Terminal in Bern (!) liess er alle auf Lugano Bezug nehmenden BKA-Angaben ausdrucken. Es waren genau 714 an der Zahl («Stern» 29/78). Es dauert noch fünf Jahre und dreieinhalb Monate bis 1984. Oder sind es noch weniger?

Die wichtigsten Punkte der Revision des Strafgesetzbuches (StGB): Art. 259 (neu)

Wer öffentlich, in einer Versammlung oder sonst in einer vielen Personen zugänglichen Weise zur Gewalttätigkeit gegen Menschen oder Sachen auffordert, wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder Gefängnis bestraft. Art. 260bis (neu)

- 1 Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis wird bestraft, wer sich mit anderen zu einer Gruppe zusammenschliesst, deren Tätigkeit darauf gerichtet ist, folgende strafbare Handlungen vorzunehmen: (Es folgt eine Aufzählung von 12 Handlungen)
- Die Strafindrohungen für Gewaltdelikte werden verschärft.
- Handlungen zur Vorbereitung von Gewaltdelikten werden strafbar.
- Die gleichen Änderungen sollen auch ins Militärstrafgesetzbuch aufgenommen werden.

Terrorismus: In Bern regiert die Angst



«das konzept» zum Terrorismus

«Wir haben die Auseinandersetzung gewagt», ein Gespräch mit dem Zürcher Anwaltskollektiv über seine Rolle und Position im Punirriter Prozess (Nr. 7/8, 78)

Mit dem Schlagwort «Terrorismus gegen Linke, Falschmeldungen und Behauptungen über terroristische Attentate (Nr. 5, 78)

Wollt ihr die totale Polizei? Die Schaffung der Bundessicherheitspolizei: Nur ein kleiner Baustein (Nr. 1, 78)

Endlich eine radikale Diskussion über Terrorismus in Gang bringen... Stellungnahmen von Adolf Muschg und «das konzept»-Machern (Nr. 10, 77)

Zu beziehen bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich, 1.80 Fr. in Briefmarken pro Nummer.

Eidgenössische Finanzpolitik: Das Volk wird für dumm verkauft

Da zählt nicht, wer zahlt – nur wer hat

Von Fredi Hämi

Das Volk wird auf Kreuz gelegt, Besser: Es liegt seit Jahren auf dem Kreuz. Aufgestanden ist es seit 1918 – als es zum ersten und bisher letzten Mal generalstreikte – nicht mehr. Die Politik ist seither unter bürgerlicher Regie mit offener und versteckter Gewalt in ruhigeren Bahnen gelenkt worden. Dabei spielen die Finanzen eine herausragende Rolle. Der Journalist Balz Hosang, Mitarbeiter beim «CH»-Magazin des Schweizer Fernsehens, hat ein Drehbuch über das Finanztheater der letzten Jahre verfasst: «Die sieben mageren Jahre,

Schweizer Finanzpolitik auf dem Buckel der Schwachen». Hosang denunziert die bürgerliche Finanzpolitik als grandiose Fehlleistung. Eine Fehlleistung, die von allem Anfang an auch als solche geplant war. Im Zeichen der schleichenden Wirtschaftskrise verfolgt das Bürgertum unter Anführung ihres militanten rechten Flügels massive Sozialabbau-Politik. Die Leistungen des Staates – in harten Kämpfen den Herrschenden abgetrotzt – bleiben der Privatwirtschaft ein Dorn im Auge.

Während sich die Strategien im Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) beim Tiger-Kauf kallauchend um 350 Millionen Franken verspekulieren dürfen, werden im Bundeshaus weitere Schlächen um die in der Bundeskasse fehlenden Millionen und Milliarden gekämpft. Während die Steuerbelastung der Klein- und Mittelverdiener noch unvermindert steil ansteigt, rüsten die Promotoren bürgerlicher «Spar»-Politik zu neuen Feldzügen gegen die geschrippten Armen und Armen in diesem wohlbeschworenen «Sozial»-Staat. Seit Jahren besteht ihr Hauptziel darin, den Staat so knapp bei Kasse zu halten, dass er seine sozialen Aufgaben schrittweise preisgeben muss.

Trotz ausgiebigen «Spar»-Massnahmen – sie bedeuten fast immer eine Um-

wälzung der Lasten auf Kantone, Gemeinden und schliesslich auf die Armen – hat sich der Staat zunehmend verschuldet. Verschuldung bedeutet erhöhte Zinsenlast. Höhere Zinsenlast – daran haben vor allem die Banken ein vitales Interesse – führt zu Einschränkungen im übrigen staatlichen Bereich. Damit schliesst sich der wohlbesichtigte Teufelskreis.

Verfassungsbruch, Manipulation

Hosang zeichnet ein wenig schematisches Bild von der Arbeit der Politprominenz unter der Bundeshaushaltung. Von bewusster Manipulation bis hin zu wiederholtem Verfassungsbruch kommt da alles vor. Die Schwachen sind dabei immer die Geoprellten. Dazu liefert

Hosang eine ganze Reihe von Beweisen, die einem das Schaudern lehren. Hier nur einige Schlaglichter:

Fall 1: Durch die Teuerung geraten Kleinverdiener bei gleichbleibender Kaufkraft in immer höhere Steuerkategorien, die ihrem Einkommen gar nicht

1 Balz Hosang: «Die sieben mageren Jahre. Schweizer Finanzpolitik auf dem Buckel der Schwachen». Zürich, 1978, 100 Seiten mit Zeichnungen von Hans Sigg.

Im Jahr 1977 nahm die Steuerbelastung der Klein- und Mittelverdiener nach neuester Statistik des Bundesamts für Industrie Gewerbe und Arbeit (BIGa) nominell um 20.2 Prozent zu. In der gleichen Periode stiegen die Löhne im Mittel nur 2.4 Prozent. Seit 1939 stieg der Index der Konsumentenpreise laut BIGa um 279.8 Prozent, der Reallohnzuwachs betrug bis 1977 bei den Arbeitern brutto 152.9 Prozent und

angemessen sind. Dieses Phänomen erhielt von den Spezialisten die Bezeichnung «kalte Progression». Doch obwohl die Pflicht zum Ausgleich der kalten Progression seit 1971 in der Bundesverfassung festgehalten ist, wurde bisher kein ernsthafter Versuch gegen diese Steuererhöhungen durchs Hintertürchen unternommen. Im Gegenteil: Es könne «nicht verantwortet werden», schrieb der Bundesrat in der Finanzreform-Botschaft 1978, dass durch «einen vollen Ausgleich der Folgen der kalten Progression» dem Bund ein Einnahmehausfall von rund 650 Millionen Franken entstehe. Mit anderen Worten: Die Landesregierung gibt zu, derzeit jährlich 650 Millionen Franken an illegalen Steuern zu kassieren!

Fall 2: 1975 wurden die Bundesbeiträge an die AHV massiv zusammengeknüpft. Auf dem Fuss folgte eine Erhöhung der Lohnabzüge für AHV/IV/EO auf 10 Prozent. Auch Lohnprozente sind Steuern. Ausserdem: Der fünfprozentige Arbeitgeberbeitrag wurde zum überwiegenden Teil auf die Preise überwälzt, so dass schliesslich doch der Konsument für

Fortsetzung auf Seite 4

bei den Arbeitern brutto 152.9 Prozent und bei den Angestellten 99.0 Prozent. Nach Abzug der Steuern lauten die entsprechenden Zuwachsraten 131.7 bzw. 81.4 Prozent.

Die Aufwendungen für Verzinsung haben von 1970 bis 1977 um 220 Prozent zugenommen. Zum Vergleich: Bundesbeiträge für Sozialpolitik 162 Prozent, bundeseigene Sozialwerke 120 Prozent.

Artikel 41ter der Bundesverfassung: «Die Folgen der kalten Progression für die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen sind periodisch auszugleichen.»

Schulden-Strategie

Das Volk wird nicht nur für dumm verkauft, es wird auch für dumm gehalten. Nach der Verwerfung des ersten Chevallaz-Finanzpakets im Juni 1977 präsentierte der Finanzminister praktisch die gleiche Vorlage ein zweites Mal! Dabei wurden einige geringfügige Retuschen angebracht, so beim Mehrwertsteuersatz und bei der Wehrsteuer (noch zusätzliche Entlastung der hohen Einkommen!).

Kurz darauf stellte der freisinnige oberste Finanzverwalter ein weiteres «Spar»-Paket mit Kürzungen von Total 500 Millionen Franken vor. Doch mit seinen Vorschlägen – die Einsparungen beim EMD hätten nur 25 Millionen Franken betragen... erlitt Chevallaz in den Vorberatenden Kommissionen eine empfindliche Abfuhr. Sie blieben denn auch bis heute geheim.

Viel Wasser ist seither die unter dem Bundeshaus liegende Aare hinabgelaufen. Weggespielt wurde auch eine ganze Reihe der Vorschläge des Georges-André. Eigentlich hätte die Abstimmung über das zweite Mehrwertsteuer-Paket im Dezember dieses Jahres stattfinden sollen. Die SPS hatte jedoch begonnen, im bürgerlichen Finanzkonzert schrille Töne zu blasen. Sie drängte auf die Verankerung neuer Besteuerungsarten.

Bis auf die Besteuerung des Schwerverkehrs und die Autobahn-Vignette (zusätzliche Einnahmen von 760 bis 1100 Millionen Franken) wurden bisher allerdings die linken Anträge in Bausch und Bogen verworfen. Sie waren den Bürglichen zum Teil nicht einmal der Prüfung wert. Gelegentlich kommt die Möglichkeit, beim Schwerverkehr gegenüber der Linken eine Konzession zu machen. Damit liesse sich nämlich verhindern, dass die Stempel der Schwerverkehrs in einen Fonds zur Förderung des öffentlichen Verkehrs gelangen, wie es die Gesamtverkehrskonzeption vorschlägt...

In der Schweiz lagern nach neuesten Berechnungen der Forschungsstelle für Arbeitnehmer und Gewerkschaften rund 180 Milliarden Franken an Vermögensanlagen der Reichen und Superreichen (ausländische Obligationen, «Notes», Eurobonds, Treuhandanlagen), die dem Fiskus entzogen, also «legal» hinterzogen werden. Ein Teil dieser (Fleischgeld-)Milliarden – nur rund 42 Milliarden befinden sich in Schweizer Besitz – ist indirekt wesentlich am Höhenflug des Franksens mitschuldig. Schon geringfügige Steuern auf diesen Vermögensmilliarden würden dem Bund Einnahmen von 800 bis 1500 Millionen verschaffen.

Angesichts der durch das Wachstum des Finanzplatzes Schweiz bedingten sprunghaft ansteigenden Überbewertung des Franks haben die bürgerlichen Tonangebener «das finanzpolitische Steuer um 180 Grad herumgerissen», wie der freisinnige Berner «Bund» konstatierte. Es geht plötzlich nicht mehr um das Stopfen aller Löcher, sondern um die Einführung der Mehrwertsteuer zu (fast) jedem Preis. Der Staat soll dabei arm gehalten werden. Ob dies damit zusammenhängt, dass die Banken auf Hunderten Millionen von unverleihbaren Geldern hocken? Oder soll verhindert werden, dass bei Ausbruch der währungsbedingten nächsten Wirtschaftskrise die Bundesgelder für Ankerbelohnungsmaßnahmen «flessen können»?

Nicht zu vergessen sind die im Herbst 1979 stattfindenden Parlamentswahlen. Bereits rüsten bürgerliche Finanzdirektoren in Kantonen und Gemeinden zum Wahlkampf. Ihr Lockmittel: Steuersenkungen. Dass damit die Kantone und Gemeinden in zusätzliche Schulden gestürzt werden, liegt durchaus in der Absicht der Wahlstrategen. Um so glatter werden – nach den Wahlen, natürlich – wieder «Spar»-Pakete durchzulappten sein. Derweil hat die SPS ein Problem: Sie ist keineswegs daran interessiert, dass das Finanzpaket noch im kommenden Frühjahr zur Abstimmung kommt. Sie müsste im Wahljahr 1979 einen gewaltigen Purzelbaum schlagen: Zuerst in der Finanzabstimmung zusammen mit dem Gegner und ein halbes Jahr später ein auf Konfrontation ausgerichteter Wahlkampf mit dem dazugehörenden Image als Oppositionspartei. Fredi Hämi

Div. Anmerkungen zur Aktion «Banken fördern Kunst»

Banken ködern Gunst

«Banken fördern Kunst.» Zumindest zurzeit und zumindest in Zürich. Unter diesem Motto haben sich nämlich der Schweizerische Bankverein, die Schweizerische Volksbank und die Gotthard-Bank auf Einladung der Zürcher Präsidialabteilung die Kunstkommission zum Strahof, das Stadthaus und das Helmhau, alles Ausstellungsorte in Zürich, aufgeteilt und zeigen dort einmütig im freien Spiel der Konkurrenz, was sie sich in den letzten 10 Jahren so an Schweizer Kunst angeschafft haben. (Jahresbudget 80 000 Franken bis 250 000 Franken). Eine völlig uneigentümliche Angelegenheit, versteht sich, mit «kulturrechtlichem Ziel», wie TA-Mitarbeiter Fritz Billeter in seinem Einleitungstext zu den drei Ausstellungen bekanntgibt. Er muss es wissen, nimmt er doch an dieser Kulturziehung direkt teil, als Berater für die Kunstverkäufe der Schweizerischen Volksbank.

Nun ja, solche Geldbeträge würde Dr. Carlo von Castelberg, Verwaltungsrat der Gotthard-Bank und Präsident der Zürcher Kunstgesellschaft, auch nicht als Kapitalanlage bezeichnen, mit der man «arbeiten» muss. Die paar tausend Franken für die Kunst sind eher so etwas wie ein Sackgeld, zum «ergänzen». Und von jeher ist man sehr gelobt worden, wenn man sich damit nicht einen Chötschi oder ein Mickey-Mouse, sondern ein «gutes Buch» erstanden hat. Man erkaufte sich so einen «Stein im Brett» – für alle Fälle. Imagepflege nennt man das, glaub ich. Nur, die Bankiers sind keine kleinen Lausbuben mehr. Sie nehmen mit ihrem Förderungsbatzen eine Verpflichtung gegenüber der Kultur wahr, die (laut Schweizerischem Bankverein) «immer dem Stärkeren – also der Wirtschaft zufallen sollte». C'est ça.

Wir kaufen die Kunstwerke erstens als Raumschmuck. Es entsteht dadurch in den Räumen der Firma ein einheitliches Erscheinungsbild, sagt Gotthard-Bank-Verwaltungsrat Castelberg («Tagesanzeiger», 11. 8. 1978).

Kunst. Verwenden Sie Kunst als kombiniertes Image- und Raumpflegemittel! Bei sorgfältigem Umgang Anwendung ohne Gefahr! Ein Produkt mit der Erfahrung

von Jahrhunderten! Oder ähnlich. Die Begriffe vom sorgfältigen Gebrauch variieren:

«Wir wollen nichts kaufen, was wir nicht zeigen können», meint die Gotthard-Bank lakonisch; und nicht zeigen können sie formal und inhaltlich «Unmögliches»; das heisst zu grosse Formate und «Themen, die in ihrer – politischen

vokation verbannt sich selbst vom Arbeitsplatz. Wer Kunstwerke für die Arbeitswelt kauft, hat nach andern Gesichtspunkten zu entscheiden als bei privaten Erwerbungen» (SBV-Broschüre). Was da Schock ist, ist dort schick? Oder wie?

Es muss bei der Gotthard-Bank übrigens keiner ein Bild im Arbeitszimmer haben, das er nicht mag; jeder kann wählen, allerdings nur aus der «Sammlung». Ein Postkartenrost aus dem Süden oder Sonnenblumenkinder wenigstens auf dem Wandkalender, solche Allerweltsch-



«Hören Sie, ich bin erfahrener Kunstverkäufer der Bank, bei diesem Cézanne kann ich aber den Silberfaden beim besten Willen nicht erkennen.»

oder erotischen Aggressivität dem Betrachter nicht zumutbar wären». Klar, die Kriterien. Ihnen nicht? Nun da mangelt es offenbar an profunden Kenntnissen die Psyche von Bankangestellten bzw. deren Vorgesetzten betreffend. Für letztere ist es nämlich unbestritten: «Schock und Pro-

sichtlein entsprechen nicht mehr dem Niveau des Hauses. (Von den grafisch diskutablen «Plakaten» nimmt der Bankverein die Posters der Swissair ausdrücklich rühmlich aus...)

Ausdrücken sollen sich also nur noch die, welche einen Namen haben oder möglicherweise einen haben werden. Da den wichtigen Griff zu tun ist offenbar gar nicht so ungefährlich, junge Kaderleute sollen sich, so Castelberg, oft scheuen, ihre Kunstbegeisterung kund zu-tun: Sie könnte sich karriereschädlich auswirken. Wer weiss vielleicht treten die mit ihrer Jungnamendynamik doch mal ins Fettnäpfchen «Aggressivität».

Im übrigen setzen die Banken in ihrer Personalpolitik sehr auf die wohlthuende Wirkung der «Kunst am Arbeitsplatz». Zum Beispiel der Bankverein: «Vielen Arbeitsgängen eignet Routine. Die Identität zwischen Umgebung und Mitarbeiter muss darum neu geschaffen werden. Bilden in Büros, Gängen, Konferenzräumen lösen den Mitarbeiter und den Arbeitsplatz aus der Anonymität heraus, verändern das Konsumdenken, schaffen Erholung und Anregung und bringen ihn in Kontakt zu den künstlerischen Sphären der Gegenwart...» (solern sich diese nicht provozierend, aggressiv oder sonstwie unpassend bemerkbar machen). So lässt man also seine Mitarbeiter prophylaktisch und unter Aufsicht von der Muse küssen, damit sie nicht in «rein materielles Denken abgleiten». Was sollen auch die ewigen Lohnforderungen?

Nun behauptet wohl niemand von den Bankiers, Kunst bestehe hauptsächlich

aus kultivierten Anker-Bildchen und pädagogisch verworrenen Wandlern. Ersatz. Meistens werden Bilder doch wohl gegen ganz speziell bedruckte Papiere getauscht.

Dem trägt auch ein längerer Artikel im Bankverein-Blatt «Der Monat» Rechnung. Eine etwas kaschierte Abrechnung zwar, weil «wir weiterhin eine gewisse Scheu empfinden, Kunst wie jeden Markt- und Markenartikel zu betrachten».

Der Kapitalist in der Aufmachung des Bildungsbürgers hat schon immer eine etwas lächerliche Figur abgegeben. So auch hier, wenn er allen Ernstes abhandelt, dass gegenwärtige Künstler, die «nichts als eine Wirklichkeit im Banalen suchen», schwer zu «kommerzialisieren» seien. «Standane Werke haben da solide Preise!», dass nicht nur der Handel mit dem Erdöl, sondern auch das Geschäft mit dem Öl auf der Leinwand nach wie vor «unserem Nachteil» in Dollars abgewickelt werde, dass es überdies Arbeitgeber gebe, «die infolge Entlassungen von Mitarbeitern nicht zu Kunstkäufen animiert sein können» usw.

Der verantwortungsbewusste Bankverein-Autor fragt sich sogar, «ob solche Preise zu rechtfertigen seien, vor allem angesichts von Terror und Not». Würde man da nicht besser etwas an die Buispo zahlen?

«Dem ist entgegenzuhalten, dass es eine unerlich positive Seite hat, dass solche Beträge nicht nur rein materielle Güter, sondern für geistige Werte ausgegeben werden. Wenn für ein manchmal fragwürdiges Strassenstück oder einen Tunnel 50 bis 150 Mio. Fr. oder für ein schnell veraltetes Kampfflugzeug 15 Mio. Fr. aufgewendet werden, warum sollte dann für ein grossartiges Kunstwerk nicht auch ein bedeutender Betrag ausgegeben werden? Das haben die Menschen immer gespürt. Dafür war auch der Ankauf der beiden Picasso-Bilder in Basel seinerzeit ein unvergessliches Zeugnis. Übrigens hat sich deren Wert inzwischen verdoppelt.»

Soweit der Grundtenor: Kunst ist halt ein Risikokauf, aber für kombinierte P.Aktionen (P.P. Profit/Presse) sehr geeignet: «Da Kunst in der Regel nicht mit dem Geld erworben wird, dass sich jemand vom Mund abspart» (und wenn schon, dann sicher nicht vom eigenen).

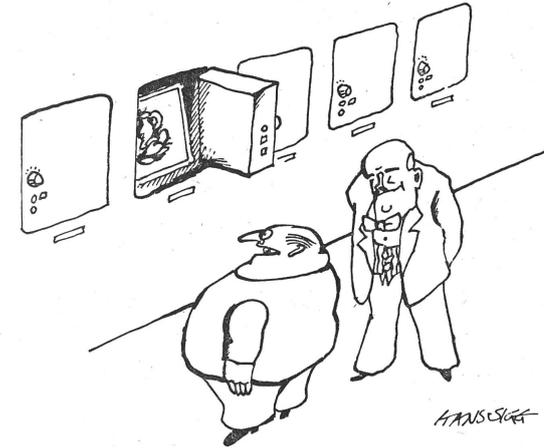
Der Bankverein gesteht zwar zu, dass man, «ohne Geld anzulegen, lernen kann, sich Kunstwerke durch Museums- und Ausstellungsbesuche, durch Original- und Reproduktionen anzueignen». Aber: «Die Ausstrahlung eines Originals ist unvergleichlich viel grösser.»

Deshalb sollte man, rät der Bankverein, Kunst kaufen, wenn die Mittel vorhanden sind, «nicht um zu investieren», sondern «als Stimulus und als Droge auch in schwierigeren Zeiten». Und ich habe bis jetzt gemeint die Schweizer Banken seien so sicher, als Drogengegner und übhaug.

Doch soll die Droge Kunst wenigstens nicht weiter gesundheitsgefährdend sein. Es gebe, so steht im selben Artikel zu lesen, nämlich auffällig viele also bzw. altgewordene Kunstsammler. Die habe der Wunsch und der Zweifel, ob sie noch ein Bild erwerben sollen oder nicht, so lange am Leben erhalten. Dann ist wohl klar: Kunst wäre also zu erwerben für unser Überleben. Für das Überleben der Künstler und der Kunst überhaupt. Denn für Kunst gibt es keine Rezession.»

PS Falls es sie für Sie doch gibt, die Rezession, und falls für Sie Wunsch und Zweifel, ob Sie die Stelle behalten können, als Lebenselixier noch nicht stark genug ist: versuchen Sie's doch mal mit dem Sammeln von Geschäftsberichten aus der Wirtschaftsseite. Die Gefährlich, ins «rein materielle Denken abzugleiten», ist allerdings nicht ausgeschlossen.

Liselotte Suter



«Es muss herrlich sein, inmitten so kostbarer Gemälde leben zu können.»

ZYTLOGGE

ZITIG

Monatszeitung für Buch und Bühne

In Ihrer Buchhandlung und am Kiosk erhältlich. Einzelnummer Fr. 1.50.

Ich bestelle 1 Abonnement Zytlogge Zytlig.

Name: _____

Adresse: _____

PLZ Ort: _____

Unterschrift: _____

Bitte ausschneiden und einsenden an: Druckerei Dürrenmatt AG, Pavillonweg 2, 3012 Bern, Telefon 031 23 89 00.

Da zählt nicht, wer zahlt – nur wer hat

Fortsetzung von Seite 3

die ganze «Spar»-Übung zu bezahlen hatte. Lineare Umverteilungen dieser Art treffen naturgemäss die Armen und Armen am meisten, während die «Selbständigerwerbenden» ihr Einkommen selber deklarieren dürfen...

Volk verschaukelt

Fall 3: Das «Spar»-Paket I – im Dezember 1977 vom überbölpten Volk bei einer Stimmbeteiligung von knapp 38 Prozent angenommen, nachdem linke Gruppen das Referendum ergriffen hatten – brachte 35 Änderungen von Gesetzen und Bundesbeschlüssen. Folgen: Die Preise für SBB-Pendler-Abos (vorwiegend für Schüler, aber auch für Nichtautobesitzer) wurden schlagartig um bis zu 30 Prozent angehoben. Und in Hun-

dernten von Sozialwohnungen stiegen die Mieten um bis zu 30 Prozent. Der Bund hatte per Volksbeschluss ohne dass dies dem Durchschnittlichen Urnengänger bewusst gewesen wäre, Kapitalzinszuschüsse für den sozialen Wohnungsbau gestrichen, was auch für Kantone und Gemeinden verbindlich war.

Fall 4: Die Reichthumssteuer der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) wollte die Reichen und Superreichen in der Schweiz etwas mehr zur Kasse bitten. Dieses Ansinnen kam den bürgerlichen Politikanten in den falschen Hals. Ohne Zögern griffen auch Regierungsräte und Bundesräte mit Verdrehungen und manipulierten Zahlen in den Abstimmungskampf ein. Finanzminister Chevallaz dementierte sogar Zahlenmaterial, das die Experten in seinem eigenen Departement bereitgestellt hatten...

Aufschlussreich ist allemal die von den Bürgerlichen verwendete Sprache. Da wird die Sozialabbaupolitik etwa als «Redimensionierung» ausgegeben. «Redimensioniert» wird aber nicht etwa dort, wo es am schmerzlosesten ginge, bei der Armee. Auch hier wird das genaue Gegenteil gemacht. Das EMD, das fast die Hälfte aller Bundesbeamten entlohnt (davon über hundert in der Besoldungs-«Überklasse» – über rund 120 000 Franken jährlich), bleibt bei allen «Spar»-Übungen überaus geschont oder gar ausgenommen.

Armee – die heilige Kuh

Das hat handfeste Gründe: Die Armee beschützt schliesslich das Kapital – gegen Angreifer von aussen und notfalls auch gegen aufmüpfige Volksbewegungen aus dem Innern. So wird denn auch laufend behauptet, die Armee leide unter Sparmassnahmen. Mit Hilfe manipulierter Angaben wird dabei das Stimmvokk hinter Licht geführt. Tatsache ist, dass die Armee auch in den letzten Jahren anteilmässig immer mehr Geld erhielt. Die richtigen, weil vergleichbaren Zahlen lauten:
Zuwachsraten von 1970 bis 1976 (in %)
– Landesverteidigung total 61,1
– nur militärische Landesverteidigung 59,6
– Teuerung Januar 1970 bis Dezember 1976 51,4
– Bruttosozialprodukt 1970 bis 1976 55,0

Hosang führt den Schlamassel in den Bundesfinanzen (Milliardendefizite, keine Einigung auf neue Besteuerungsarten) darauf zurück, dass «eigentliche Konzepte für die Finanzpolitik fehlen.»

SOZIALSTAAT



Den Dämon an die Wand gemalt

Die Darstellung Hosangs – sie bleibt durchwegs auch für den Laien gut verständlich – enthält wertvolle Hinweise auf das Funktionieren des helvetischen Politsystems. So zeigt er auf, dass ausge-rechnet auf dem Gebiet der Finanzpolitik die SPS «zum Anwalt des bürgerlichen Staates» wird*. Allerdings lässt es

* Die SP-Fraktion in den eidgenössischen Räten unterstützte das «Spar»-Paket I. Damit glaubte sie, ein Ja zum Finanzpaket 1977 erkaufen und unsoziale Abbaumassnahmen verhindern zu können.

der Autor auf weiten Strecken bei Andeutungen bewenden. Eine detaillierte Analyse der Hintergründe erfolgt nicht. Deshalb drängen sich einige weitergehende Überlegungen zur «Schweiz AG» (SPS-Hubacher) auf.

Wo stehen wir heute? Die Bevölkerung befindet sich in einem Zustand der Demobilisierung. Dazu hat manches beigetragen. Zum Beispiel die zunehmende Technisierung und Automatisierung der Wirtschaft, die Folgen der Allein-einheim-Boot-Ideologie während des Zweiten Weltkriegs, die Strategie des

«Arbeitsfriedens», das Fehlen einer wirksamen Opposition. Die wichtigen Entscheide werden zunehmend von undurchsichtigen, bürokratischen Machtapparaten gefällt. An deren Spitze stehen selbstgerechte Manager-Heerscharen, welche an die Stelle von selbstherrlich-autoritären Patrons getreten sind. Die Vorgänge werden für den einzelnen immer unüberschaubarer, verwirrender. Während oben klare Zielvorstellungen – zum Beispiel die Gewinnmaximierung – das Handeln diktiert, bleibt der zu einer Nummer, zu einem Rädchen in der Maschinerie degradierte kleine Mann zwangsläufig auf der Strecke.

Gegen die anonymen Machtapparate in Staat und Wirtschaft entwickeln die allermeisten eine grundsätzliche Abneigung. Nur: Wer sich am Arbeitsplatz auflehnt, bekommt sogleich die Repression zu spüren. Anders beim Staat. Hier bestehen noch formelle Mitwirkungsrechte, indem jeder sein grundsätzliches Unbehagen über das herrschende System mit Hilfe des Stimmzettels dokumentieren kann. Die Mehrheit der Stim-menden tut das denn nicht auch das vielbeklagte «Nein-Welle-Syndrom». Allerdings nützt auch das herzlich wenig. Missliebige Volksentscheide werden von denen oben missachtet oder umgedeutet.

Resignation macht sich breit

Ein Blick zurück und ein Beispiel: In der Aufrichtung nach Ende des Zweiten Weltkriegs trotzte die Arbeiterbewegung dem Bürgertum eine wichtige Konzession ab. Die bereits Jahrzehnte zuvor geforderte Alters- und Hinterbliebenenversicherung wurde in Form der AHV eingeführt. Doch seither kam in der Sozialpolitik kaum mehr frischer Wind auf. Versuche, das Umlageverfahren der AHV auf den gesamten Sozialbereich anzuwenden (Krankenkassen, Sozialpension), scheiterten. Statt dessen machte die bürgerliche Mehrheit in Parlament und Regierung einige Kompromisse. Sie erlaubten je nach politischer und wirtschaftlicher Wetterlage Ausschläge auf die eine oder andere Seite.

Seit dem Einbruch der Wirtschaftskrise im Jahr 1974 hat sich das Übergewicht noch zusätzlich zugunsten der Rechten verschoben. Das lässt sich am besten daran messen: Die AHV – in Sachen Sozialabbau zuvor tabu – geriet plötzlich aus der ultrarechten Ecke mit Unterstützung bis weit in die bürgerlichen Parteien unter massiven Beschuss. Mit der Annahme der 9. AHV-Revision (und damit der Ablehnung des Referendums) konnte der Angriff dank Grossensatz vorläufig abgewehrt werden. Doch wie geht der Kampf das nächste Mal aus?

«Sparen» – gegen das Volk

«Am besten kann man an den Referenden gegen neue Bundesgesetze, die mit vermehrten Ausgaben verbunden wären, ablesen, welche Staatsleistungen von gewissen Kreisen als überflüssig betrachtet werden. In der jüngsten Vergangenheit waren dies zum Beispiel das Raumplanungsgesetz, der IDA-Entwicklungshilfe-Kredit, die 9. AHV-Revision oder auch das Hochschulförderungsgesetz (...). Da es auf die Dauer zu mühsam wäre, Gesetz um Gesetz zu bekämpfen, haben sich bürgerliche Politiker darauf verlegt, dem Staat die Einnahmen zu bremsen. Denn ohne Geld verliert auch die Regierung den Elan. Die Folge: Man muss sparen.» (Hosang)

Gekürzt wird – wer hätte das anders erwartet – natürlich nicht dort, wo das Volk es will. Eine repräsentative Untersuchung – bezahlt vom Chevallaz-Departement – über die «Finanz- und Steuergesinnung des Schweizervolkes», die Auskunft über die wirklichen Sparwünsche der Schweizerinnen und Schweizer Auskunft gibt, ist bis heute offiziell nicht veröffentlicht worden. Da geht schliesslich auch klar daraus hervor, dass 60,8 Prozent des Schweizervolkes bei der Armee zuerst sparen möchten.

*das Konzept hat die Studie veröffentlicht: «Das Volk darf nicht wissen, was es will» (3/78). Zu beziehen für 1,80 Fr. in Briefmarken.



Wer im Flitzer gern mal sitzenbleibt. Wer Schirm und Schutz gewährt – und nutzt. Wem daher auch der Regen zum Vergnügen wird. Wer das Echte liebt – der raucht Gauloises. Würzig und unverwandelbar im Tabak.

GAULOISES



DISSERTATIONEN bei DM Expl. pro Seite 70 3.30 100 3.45 150 3.65 200 3.85 300 4.25 druckt exzellent von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format BÖNECKE Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag. 3392 Clausthal-Zellerfeld Frachverbilligung Raster billigst! Angebot anfordern

STUDENTEN SCHREIB-SERVICE

DISSERTATIONS-DRUCK

Als Spezialisten bieten wir: fachgemässe Ausführung, kürzeste Lieferfristen, günstigste Alles-Inklusive-Preise (inbegriffen: Verkleinerung der Vorlage, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Binden, administrative Umtriebe).

REINSCHRIFTEN aller Art

SONNEGGSTR. 26 • 8006 ZÜRICH • ☎ 01 / 32.00.88

MOJON'S ARMY-SHOP U.S.-ARMY-Schlafsack Fabrikneu, wasserdicht, sehr dick gefüttert, waschbar. Nie mehr kalt haben. Ideal für Übernachtungen im Freien. 3,5 kg schwer, 230 cm lang. Schlafenprodukt zu Schlagerpreis: 89 Fr. Brutto zuzüglich 6 Fr. Versandspesen. Passende Traghülle dazu (fakultativ): 7 Fr. Sofortversand mit Einzahlungsschein. Rückgaberecht. Studentenrabatt: 5%; ab 100 Fr. 10%. Bestellen oder Prospekt anfordern. NICOLAS MOJON & CO. AG Bethlehemstr. 114, 3018 Bern Tel. ☎ (031) 55 33 66 Weiterhin führen wir u. a. im Schlafsacksektor: - Warme Decken-Schlafsäcke (ohne Kapuze). Zwei bilden auf Wunsch einen Doppelschlafsack. - Original-Schweizer Armee-Schlafsack.

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Seilergraben 41 8001 Zürich Tel. 01/32 49 34 PC 80-27780

Öffnungszeiten

Mo-Fr 08.30-18.30 / Sa 10.00-13.00

Table with 4 columns: Fotokopien, Normal, mit Legi, -Verkleinerung, -mit Legi. Values: 20 Rp., 15 Rp., 30 Rp., 25 Rp.

Table with 4 columns: Schnelldruck, (ab einer Vorlage), 1-seitig, 2-seitig. Values: 30 Ex. 4.50, 50 Ex. 5.50, 100 Ex. 7.50, 200 Ex. 15.-, 300 Ex. 21.-, 350 Ex. 23.-, 400 Ex. 25.50, 500 Ex. 28.-, 1000 Ex. 40.-

Reinschriften

Dissertationsdruck

Kapitalflucht und Steuerhinterziehung treiben den Franken in die Höhe

Der grosse Profit der Welt-Gläubiger

Die Schweizer Exportwirtschaft lamentiert über den andauernden Höhenflug des Frankenkurses. In verschiedenen Branchen wird - zur Erhaltung der «Unternehmenssubstanz» - mit weiteren Produktionsverlagerungen ins Ausland und Entlassungen gedroht. In hohem Ausmass mitverantwortlich für die Verschlechterung der Situation im Arbeitsplatz Schweiz ist die Magnetwirkung des Finanzplatzes Schweiz für internationale Fluchtkapitalien und Steuerhinterzieher. Die von Banken, Versicherungen, Holdings, Anlagengeldern usw. verschobenen Unmengen von ausländischen Gel-

dem führen nicht nur zu einer Schrumpfung der produktiven Wirtschaftszweige in der Schweiz, sondern auch zu einer Stabilisierung der miserablen Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern. Davon profitieren in beiden Fällen alleweil nur die Herrschenden.

Die von Urs Haymoz in einem demnächst erscheinenden und auch für Laien ausserst verständlichen Buch zusammengestellten Informationen und Überlegungen lüften den Schleier über dem Monsterfinanzplatz Schweiz, dem Tumfeld für Kapitalflüchtlinge und Steuerhinterzieher.

Der Finanzplatz Schweiz umfasst die Gesamtheit aller einseitig auf das Ausland ausgerichteten Teile der schweizerischen Wirtschaft. Zum internationalen Finanzzentrum in der Schweiz gehören somit Banken, Holding- und Briefkastengesellschaften, Versicherungen, Anlagengeldern, Immobilienfirmen und Treuhänder. Ausgeweitet wird das internationale Finanzzentrum durch eine Gruppe stark auslandorientierter Industrieunternehmen.

Hundert von Vermögensmilliardern

Die Schweizer Banken und Finanzgesellschaften haben 1976 121 Milliarden Franken im Ausland angelegt, 85 Milliarden Franken entfallen auf die Grossbanken. Davon sind etwa 14,5 Milliarden Franken Guthaben in Entwicklungsländern. Zwischen 1967 und 1971 sind die Auslandguthaben mit jährlichen Wachstumsraten zwischen 15 und 40% angestiegen. Aus den Entwicklungsländern liegen rund 24 Milliarden Franken bei Schweizer Banken, davon 15 Milliarden allein aus Lateinamerika.

Schätzungen über das in der Schweiz verwaltete Vermögen liegen zwischen 250 und 350 Milliarden Franken. Aufgrund verschiedener Indizes kann angenommen werden, dass etwa die Hälfte des Wertpapiervermögens in der Schweiz im Besitz von Ausländern ist. Bei einer Schätzung von 250 Milliarden Franken mit einem «konservativen» Zinssatz von 5% ergeben sich jährlich bereits Kapitalerträge von 12,5 Milliarden Franken. Zum Vergleich: Die Ausgaben des Bundes im Jahr 1976 beliefen sich auf rund 16 Milliarden Franken.

Fluchtgelder im Treuhänderkarussell

Treuhändergeschäfte sind klassische Drehscheiben, die über das schweizerische Bankensystem laufen. Wichtig für die Schweizer Banken sind vor allem die Treuhänderanlagen. Die Banken legen diese Gelder - wie betont wird - bei «erstklassigen Adressen» an. In krassm Gegensatz zu dieser offiziellen Geschäftspraxis steht zum Beispiel die im Fall Chasson von der SKA verfolgte Politik. Die SKA reichte die ihr anvertrauten Treuhänder als eine «zweitklassige» Adresse (Texon) weiter und gab für diese Gelder erst noch Garantien ab.

Zusammen mit den im Depot verwalteten Vermögensgütern sind Treuhändergelder die Grundlage für das hohe Kreditpotential der Schweizer Banken. Aufgrund der überwiegend privaten Quellen der Treuhändergelder kann ein Grossteil dieser Gelder als Fluchtkapital betrachtet werden. Die Treuhändergelder stammen zu rund 87% aus dem Ausland und

werden zu rund 98% wieder im Ausland angelegt. Die im schweizerischen Bankensystem Ende 1976 abgeschlossenen Treuhändergeschäfte erreichten die respektable Summe von 56 Milliarden Franken - mehr als das Hundertfache von 1960.

Versicherungen als Kapitalmagnete

Die Schweiz ist ein klassisches Versicherungsland mit entsprechend hohen Prämieinnahmen. Gemessen an den Prämien pro Kopf liegt die Schweiz nach den USA an zweiter Stelle. Die Schweiz unter den zehn wichtigsten Versicherungsländern das einzige Land, das während der Rezessionsjahre 1975/76 noch positive Wachstumsraten bei den Versicherungsprämien erzielte.

Die Versicherungen in der Schweiz nehmen pro Jahr über 15 Milliarden Franken ein, davon mehr als die Hälfte aus dem Ausland. Zusammen mit den Prämieinnahmen dürften somit rund 10 Milliarden Franken jährlich aus dem Ausland den schweizerischen Versicherungsgesellschaften zufließen.

Auslandsinvestitionen - ein Weltrekord

Die schweizerischen Industrieunternehmen investieren schon seit langem in bedeutendem Umfang im Ausland. Der Vorort schätzt die Direktinvestitionen im Ausland auf 55 Milliarden Franken (Ende 1975). Pro Kopf der Bevölkerung sind dies knapp 8000 Franken - ein Weltrekord. Der Gesamtbestand an Investitionen schweizerischen Ursprungs in der dritten Welt kann auf etwa 7,5 Milliarden Franken geschätzt werden. Die schweizerische Privatwirtschaft investiert hauptsächlich in wirtschaftlich entwickelten Ländern mit kapitalfreundlicher Wirtschaft. An Erträgen aus Direktinvestitionen in der dritten Welt dürften in der Schweiz jährlich rund 320 Millionen Franken anfallen.

Bankgeheimnis als zentrale Stütze

Ein wichtiger Faktor für die Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz ist das Bankgeheimnis:

Die Behörden sind verpflichtet, eine Verletzung des Bankgeheimnisses von Verleumdung zu verfolgen. Dies ist in keinem anderen Land der Fall. Durch diese scharfe Bestimmung wird das Bankgeheimnis besser geschützt als das Berufsgeheimnis für Ärzte, Anwälte usw.

Im schweizerischen Steuerwesen unterstehen Drittpersonen den Steuerbehörden bei der Einschätzung keiner Auskunftspflicht - eine Einmaligkeit im

europäischen Vergleich. Nur im Falle eines Steuerbetrugs, einer bewussten Fälschung von Urkunden und Dokumenten müssen die Banken aufgrund eines Gerichtsverfahrens Auskunft erteilen. Meistens aber reicht die Beweislage nicht aus, um überhaupt ein Steuerbetrugsverfahren einzuleiten.

Im Verkehr mit Nummernkonten haben die Banken eine vom Bundesgericht anerkannte besondere Sorgfalt zu beachten. Dies umgibt den Bankverkehr mit einer besonderen Atmosphäre der Diskretion, die vor allem im Ausland sehr werbewirksam ist.

Die restriktive Wirkung des schweizerischen Bankgeheimnisses zeigt sich auch im Zusammenhang mit der internationalen Rechtshilfe: Auch im Entwurf zum neuen internationalen Rechtshilfegesetz wird die Rechtshilfe in Fiskaldelikten noch wie aus geschlossen. So können die Schweizer Banken im Schutz des Bankgeheimnisses ungehindert Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten. Das gleiche gilt im Zusammenhang mit Devisenvergehen.

Für die Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz spielt neben dem Bankgeheimnis auch die sogenannte Stabilität der Schweiz eine wichtige Rolle. Eine Broschüre des Schweizerischen Bankvereins macht deutlich, was in diesem Zusammenhang angesprochen ist: «Die Freiheitliche Wirtschaftsordnung, die den Schutz des Privateigentums und den freien Kapitalverkehr gewährleistet...»

Eldorado für Holdinggesellschaften

Aus steuerlichen Gründen haben zahlreiche ausländische Firmen und Konzerne in der Schweiz sogenannte Leitungsstellen gegründet - meist in der Form von Holding- und Domizilgesellschaften. Die Begünstigung derartiger Gesellschaften durch die kantonale Steuer-gesetzgebung hat auf ausländische Firmen geradezu magnetische Wirkung. Die offiziellen Statistiken weisen zuseit rund 17 000 Holdinggesellschaften aus; 1960 waren es erst 3000. In der Statistik ist jedoch mit grosser Wahrscheinlichkeit nur ein Teil dieser Gesellschaften erfasst.

Die Holdings dienen vor allem zur Aufnahme der im Ausland anfallenden Gewinne, zur Steuerumgehung und zur Kapitalflucht. Es ist auch bekannt, dass ausländische Konzerne in der Schweiz ihren rechtlichen Sitz in Form einer Holdinggesellschaft legen, um sich im Fall von politischen Umschwüngen im Heimatland dem Zugriff der einheimischen Behörden entziehen zu können! Beispiele: Fiat, Michelin, Pirelli. Die Holdings werden steuerlich extrem begünstigt. Sie geniessen das sogenannte Holdingprivileg, nach dem Erträge aus Beteiligungen überhaupt nicht oder nur symbolisch besteuert werden.

Dienstleistungszentrum und Produktionsverlagerung

Innert 11 Jahren hat sich der Personalbestand der Banken mehr verdoppelt. Die Zahl der Beschäftigten im Immobiliengeschäft, Beratungsbüros und bei Interessenvertretungen hat sich in dieser Zeit sogar verdreifacht. Im Gegensatz dazu sind in den letzten 11 Jahren im industriellen Bereich 190 000 Arbeitsplätze verschwunden. Immer weniger Beschäftigte produzieren, immer mehr Beschäftigte verwalten.

Während die traditionell exportorientierten Branchen Uhren, Chemie, Maschinen und Textil in der Schweiz Arbeitsplätze verloren, ist in den gleichen Branchen die Auslandsproduktion immer wichtiger geworden. Die mit dem Transfer der Gewinne aus dieser Auslandsproduktion in die Schweiz verknüpften Aufwertungseffekte auf den Schweizer Franken beeinträchtigen die Exportchancen jener Unternehmen, die keine wesentliche Auslandsproduktion aufzuweisen haben. Betroffen werden auch die grossen Unternehmen der Exportwirtschaft. Diese sind aber in der Lage, durch ihre Auslandsproduktion die in der schweizerischen Produktion anfallenden Erträge nach oben zu korrigieren. Die Aufwertung des Schweizer Frankens schlägt sich somit vor allem im Finanzzentrum und bei den Multis positiv zu Buche und fördert zudem eine weitere Schrumpfung des industriellen, verarbeitenden Sektors der schweizerischen Wirtschaft.

Die Verschuldung der dritten Welt wird auf über 400 Milliarden Franken geschätzt. Allein für die Tilgung der bestehenden Schulden müssen viele Entwicklungsländer mehr als die Hälfte ihrer Exporterlöse aufwenden. Einige Länder - wie zum Beispiel Argentinien, Portugal und Venezuela - benötigen für

IHLI 1973

oder: Die Briefmarke im Wandel der Zeit

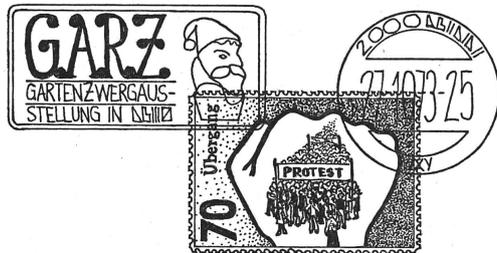
Von Christian Münzer



Auch dieses Jahr wieder nach IHLI: so fängt guter sonniger Urlaub an. Ach, man war noch nie dort? Dann ist es höchste Zeit, jetzt ist nämlich auch das interessante IHLI in erreichbare Urlaubsnähe gerückt. Wir haben neue, günstige Tarife, man muss sich nur frühzeitig entschliessen, eigentlich schon entschlossen haben. Wir reisen immer in ganz kleinen Gruppen, (meist nur Ehepaare ohne Kinder), damit man sich gut erholen kann und wir alle gut und unumwunden beschützen können. Wir garantieren echte Versicherung und Kontakt. Soweit der Reiseprospekt zur ersten Phase.



Alles lässt sich jedoch nicht vermeiden, da es ja überall auch «Elemente» gibt oder solche, die böswillig die Worte verdrehen. Meistens in der Nacht überfliegen dann Jagdflugzeuge die Regierungsgebäude, und am Morgen rollen Panzer wie öffentliche Verkehrsmittel durch die Strassen, und Panzergranadiere stürmen die wichtigsten Gebäude; ein vorübergehendes Ausgebrochen wird verhängt, und die Grenzen werden geschlossen. Wahrscheinlich müssen auch Verhaftungen vorgenommen werden; und die geräumigen Fussballstadien werden zu Gefängnissen. Die Nachrichten widersprechen sich aber, die Informationen sind spärlich, und natürlich spricht man auch von ausländischer Einmischung.



Im Ausland berichten nun die Flüchtlinge, zum Beispiel einmal mehr von Bücherverbrennungen. In Gruppen mit Sympathisanten protestieren sie und wollen alles zu Demonstrationen umfunktionieren. Man darf nur dafür oder dagegen sein. In IHLI aber scheint der Widerstand gebrochen, die zweite Phase ist angebrochen, die herrschaftliche Sicherheit ist gewährleistet, obwohl es eingestehen gilt, dass es einige Mühe macht und Schwierigkeiten gibt, was aber nach den geradezu unhygienischen chaotischen Zuständen von früher ja kein Wunder ist. Jetzt werden überall im Lande die Leistungen und Verantwortlichkeiten wieder anerkannt, die versuchen, zum alltäglichen Leben überzugehen und darauf aufzubauen.



Jetzt, in der dritten Phase, grüsst man sich wieder, jetzt kann man auch wieder investieren. In der Neuen Demokratie in IHLI braucht man nichts mehr zu lernen, zu fürchten, man hat Friede und Ruhe, so erholt man sich, alles ist normalisiert, man lebt, das ist die Wirklichkeit; die Kämpfe zwischen Leben und Tod und zwischen Freiheit und Sklaverei rufen doch nur immer wieder Verdrüben hervor, die uns schaden. Erst jetzt geht die Sonne richtig auf. (PS. Oder umgekehrt: das heisst für mich der Versuch, die (Bilder-) Geschichte rückwärts zu lesen und zu verwirklichen.)



Mit bequemen Legenden aufgeräumt

Joseph Collins und Frances Moore Lappé Vom Mythos des Hungers S. Fischer-Verlag Frankfurt 1978

«Bevölkerungsexplosion», zu wenig Nahrung - zu viele Menschen» oder «mangelndes Arbeitsethos» sind etwa die rudimentären Erklärungsmuster, die hierzulande als Gründe für die Hungerkatastrophe in der dritten Welt herhalten müssen. Wenn es hochkommt, dann reicht's vielleicht noch gerade zu einem Schauer des Erbarmens und zum Griff nach dem grünen Einzahlungsschein, der die nächste Lebensmittelhilfe mitfinanzieren soll. Doch Mittel ist für das Verständnis der Welternährungskrise ebensowenig der Schlüssel wie Schuldgefühle der Übersatten; die beiden grössten christlichen Seuchen verweigern die bequemen Legenden nur, die sie zum Hungersproblem ranken.

Mit diesen Legenden räumen die beiden Amerikaner Frances Moore Lappé und Joseph Collins gehörig auf, und sie legen in ihrem Buch «Vom Mythos des

Hungers» ein erdrückendes Beweismaterial vor. Hunderte, wenn nicht Tausende von Mosaiksteinen haben sie zusammengetragen, um ihre optimistische Grundthese zu stützen: es gibt eigentlich für alle Menschen genug zu essen! Nicht Mangel an Nahrung ist die Ursache des Hungers, sondern soziale, wirtschaftliche und politische Verhältnisse, welche die Armen Bevölkerungsschichten in den ländlichen Gebieten der dritten Welt daran hindern, genügend Nahrung für alle Menschen zu produzieren.

«Collins und Lappé: Die Monopolisierer des Landes, die traditionellen Landbesitzereliten und die Agrodustrie haben sich als die wirkungslosesten, unzuverlässigsten und destruktivsten Benutzer der Produktionsmittel der Nahrung erwiesen. Lebensmittelverteilung spiegelt nur die Frage wider, wer den Produktionsprozess kontrolliert und wer an ihm teilnimmt. Wichtiger als Lebensmittelhilfe und die Planung eines landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekts für die dritte Welt ist der Aufbau einer Bewegung in diesen Ländern, die die Verbindung klarmacht, wie Regierung, Gesellschaft und Landeliten die Nahrungssicherheit untergraben.»

Die Agrodustrie, zu ihr gehört notabene auch Nestlé, Ciba-Geigy und Sandoz, hat mittlerweile das grosse Geschäft mit dem Hunger entdeckt. Von ihr droht den Massen der dritten Welt in den kommenden Jahrzehnten die grosse Gefahr. Denn die Agromultis brechen sich immer weitere Landstriche in Mittel- und Südamerika, in Afrika und Asien auf. Und kapitalistische Produktion bedeutet dort: noch mehr Reichtum für die ohnehin schon reichen Grossbauern, Wohlstand für wenige clevere Aufsteiger, Verelendung für die Massen, die sich keine Hochleistungskühe anschaffen können und deren Land für überzuckerte Getreidesorten ungeeignet ist und die so aus dem Markt geworfen werden, ohne neue Arbeit zu finden. Silvio Bertolami

Fortsetzung auf Seite 6

Die Koreanische Demokratische Volksrepublik auf dem Weg zur Blüte

Beilage der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (KDVR)



Kim Il Sung, Präsident der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik

Der zweite Siebenjahrplan der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik

Präsident Kim Il Sung stellte auf der 1. Tagung der Obersten Volksversammlung der KDVR der VI. Legislaturperiode die Aufgaben des zweiten Siebenjahrplans der Volkswirtschaft.

«Die Hauptaufgabe des zweiten Siebenjahrplans besteht darin, auf dem Wege der beschleunigten Durchsetzung des Dschuchue in der Volkswirtschaft, ihrer Modernisierung und wissenschaftlichen Gestaltung die sozialistische Wirtschaftsbasis weiter zu festigen und den Lebensstandard des Volkes auf eine weitere Stufe zu erhöhen. Ende des zweiten Siebenjahrplans werden wir in einem Jahr 56-60 Milliarden kWh, Elektroenergie, 70-80 Millionen Tonnen Kohle, 7-8 Millionen Tonnen Stahl, eine Million Tonnen Buntnmetall, 5 Millionen Tonnen Maschinenerzeugnisse, 5 Millionen Tonnen chemische Düngemittel, 12-13 Millionen Tonnen Zement, 3,5 Millionen Tonnen Meeresprodukte und 10 Millionen Tonnen Getreide produzieren sowie 100 000 Dzoongbo (1 Dzoongbo = 1 Hektare) Marschland gewinnen und in der Lage sein, in vielen Zweigen der Volkswirtschaft die Produktion mehr als zu verdoppeln gegenüber jetzt. Der zweite Siebenjahrplan ist ein grandioser Plan des wirtschaftlichen Aufbaus, der zum Ziel hat, alle Zweige der Volkswirtschaft mit moderner Technik fest auszustatten und die ökonomische Macht des Landes weiter zu stärken, ein klar vorgezeichneter Plan für die beschleunigte Erreichung der grossen historischen Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus.»

Die Koreanische Demokratische Volksrepublik wurde vor 30 Jahren, am 9. September 1948 gegründet. Sie hat in den 30 Jahren den Weg der Entwicklung und der Blüte beschritten.

Während der Kolonialherrschaft des japanischen Imperialismus war Korea ein rückständiges Agrarland. Darüber hinaus brachte die vergangene, drei Jahre währende Korrumpierung dem Land nie dagewesene grausame Zerstörungen. Aber die Spuren der Vergangenheit sind schon lange völlig verschwunden, und das Land durchlebt jetzt eine Periode einer grossartigen Blütezeit.

Unter der klugen Führung des Präsidenten Kim Il Sung wurde die antiimperialistische, antif feudale demokratische und sozialistische Revolution nach der Befreiung im Land erfolgreich abgeschlossen. Als Ergebnis wurde die alte Gesellschaftsordnung, die auf der Ausbeutung und Unterjochung des Menschen durch den Menschen beruhte, abgeschafft und die fortschrittliche sozialistische Gesellschaftsordnung errichtet, bei der die werktätigen Volksmassen Herr über alles wurden und alles in ihren Dienst gestellt wurde.

In dieser sozialistischen Gesellschaftsordnung erfreut sich das koreanische Volk gegenwärtig eines glücklichen materiellen und kulturellen Lebens, es besitzt alle politischen Freiheiten und Rechte, leistet fruchtbare Arbeit und schreitet festen Schrittes voran.

Die Koreanische Demokratische Volksrepublik verwirklichte unter der Führung von Präsident Kim Il Sung nach dem Krieg erfolgreich den Dreijahr-, Fünfjahr-, Siebenjahr- und Sechsjahrplan und nahm in diesem Jahr den zweiten Siebenjahrplan in Angriff. Im Verlaufe des grandiosen und glänzenden wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus verwandelte sich das Land in kürzester Frist aus einem kolonialen Agrarland in einen sozialistischen Industrie-Agrar-Staat und danach in einen sozialistischen Industriestaat, wobei es einen grossen Sprung machte, und unablässig verstärkt es seine Entwicklung voranschreitet.

Die KDVR besitzt heute eine selbständige Nationalwirtschaft, die alle notwendigen Zweige umfasst und sich, gestützt auf die eigene Rohstoffbasis und eine moderne Technik, harmonisch entwickelt und unter beliebigen, noch so ungünstigen Bedingungen sicher voranschreitet.

Überall gibt es Wasser- und Wärmekraftwerke, Hüttenwerke und Stahlwerke, Zementfabriken, grosse Stützpunkte der organischen und anorganischen Chemieindustrie und der petrochemischen Industrie. Die Eisenhüttenindustrie entwickelt sich rasch auf der Grundlage einer eigenen zuverlässigen Rohstoffbasis, wobei die Leistung der Stahlproduktion 1976 4 Mio. Tonnen erreichte und die Leistung der Zementproduktion 8 Mio. Tonnen übertraf.

Eine stürmische Entwicklung nahm insbesondere der Maschinenbau, und heute gibt es in diesem Land, das in der Vergangenheit nicht einmal imstande war, auch nur einfache landwirtschaftliche Inventargegenstände herzustellen, eine moderne leistungsstarke Basis der Maschinenbaubranche. Der Maschinenbau dieses Landes hat heute ein hohes Entwicklungsniveau erreicht. Er stellt verschiedene Traktoren und Kraftfahrzeuge her, Lokomotiven und spannbefähige Werkzeugmaschinen,

eine Tiefbohranlage für Tiefen bis 5000 Meter, einen Bulldozer mit einer Leistung von 300 PS, einen Bagger mit einem Schaufelrad von 10 m Fassungsvermögen, einen Generator mit einer Leistung von 50 000 kVA, einen Transformator mit einer Leistung von 200 000 kVA, eine 20-Meter-Drehbank, eine 18-Meter-Karusselldrehbank, einen mittelschweren Motor mit einer Leistung von 2500 PS, einen Hochgeschwindigkeitsmotor mit einer Leistung von 3000 PS sowie andere Gross- und Präzisionsmaschinen, Frachtschiffe mit einer Wasserverdrängung von 15 000 und 20 000 Tonnen und komplette Ausrüstungen für verschiedene moderne Werke. 1967 erreichte der Grad der Selbstversorgung mit verschiedenen Maschinen 98 Prozent.

Rasch entwickelte sich auch die Leichtindustrie. Neben vielen Grossbetrieben der Leichtindustrie wurden in sämtlichen Kreisen mittlere und kleine Betriebe verschiedener Zweige der Leichtindustrie errichtet. Die Leichtindustrie des Landes deckt mit ihrer Produktion vollständig den Eigenbedarf an sämtlichen Konsumgütern, von Stoffen bis hin zu Kulturwaren. Sie kann über 600 Mio. m Stoffe pro Jahr produzieren.

Vorhandene Eisenbahnstrecken wurden elektrifiziert, in vielen Gegenden wurden neue Eisenbahnen angelegt, nicht nur der Kratk- und Schiffsverkehr entwickelt sich schnell, sondern auch der Rohrleitungs-, Förderband- und Drahtseiltransport.

In allen Volkswirtschaftsbereichen geht die komplexe Mechanisierung und Automatisierung beschleunigt voran, werden Industriefernsehen und Fernsteuerung eingeführt, damit werden die von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Werktätigen auch von schwerer Arbeit erlöst.

Zusammen mit einer leistungsstarken Schwer- und einer modernen Leichtindustrie wurde eine entwickelte Landwirtschaft aufgebaut.

In der Landwirtschaft sind die Bewässerung und Elektrifizierung schon seit langem abgeschlossen, die komplexe Mechanisierung und Chemisierung werden energisch fortgesetzt. Auf 100 Dzoongbo Ackerland entfallen gegenwärtig 5-6 Traktoren, und die Menge der für Dzoongbo eingebrachten chemischen Düngemittel erreicht 1,2-1,3 Tonnen. Die Landwirtschaft erhält Traktoren, Kraftfahrzeuge und andere moderne Landmaschinen, chemische Düngemittel und Herbizide, die die Bauern in die Lage versetzen, die gesamte Bodenertragskraft mit Hilfe der Maschine und der Chemie vorzunehmen. Ungeachtet der weltweiten wirtschaftlichen Erschütterungen und des launischen Wetters, kommt es zu keinerlei Schwankungen in der Wirtschaft dieses Landes, die sich stetig in hohem Tempo auf einem festen Fundament entwickelt. Während des Sechsjahrplan-Zeitraumes belief sich der durchschnittliche jährliche Zuwachs der industriellen Produktion auf 16,3 Prozent, die Getreideernte erreichte 1976 erstmals in der Geschichte mehr als 8 Mio. und 1977 8,5 Mio. Tonnen.

Die Industrie dieses Landes stellt heute in fünf Tagen ebenso viel Erzeugnisse her wie während des gesamten Jahres 1944 vor der Befreiung des Landes; nach den Geometrie- und Flächenproblemen sind auch Tipps für mögliche Aktionen sowie Hinweise auf Literatur und Dritte-Welt-Zeitschriften.

Die KDVR, die sich schon seit langem mit Nahrungsmitteln aus eigener Produktion versorgt und alljährlich grosse Getreidevorräte anlegt, exportiert neben diversen Industriewaren in über 20 Länder mehr als 500 000 Tonnen Reis und Zehntausende Tonnen Mais.

Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Kultur entwickelt sich stürmisch und erblüht.

Kinder und Jugendliche, die die Hälfte der Bevölkerung des Landes stellen, erhalten eine Ausbildung auf Kosten des Staates und der Gesellschaft, das ganze Volk lernt sein ganzes Leben lang. Es wurde die progressivste 11jährige kostenlose Schulpflicht eingeführt, alle Kinder im Vorschulalter in Stadt und Land werden in Kindergärten und Kindergärten erzogen. In der KDVR, wo bereits eine Millionenerme von Angehörigen der Intelligenz ausgebildet wurde, steht jetzt die intellektualisierung aller Mitglieder der Gesellschaft auf der Tagesordnung. Reich erblühen Wissenschaft, Literatur und Kunst, die einen grossen Beitrag zur Vorwärtsbewegung der Gesellschaft leisten.

Das materielle und kulturelle Leben des Volkes erreichte ein hohes Niveau. Gleichmässig und schnell steigt der Lebensstandard der Arbeiter, Angestellten und Bauern, die Unterschiede in den Lebensbedingungen der Stadt- und Landbewohner sind nahezu verschwunden. Die Steuern wurden vollständig abgeschafft, und die Bevölkerung wird ein für allemal von der Steuerbelastung befreit, der Omnibusverkehr und die Einführung der Leitungswasserversorgung in den Dörfern wurden erfolgreich realisiert, das ganze Land wurde durch das Fernsehnetz erfasst. Im Lande wurde die allgemeine kostenlose medizinische Betreuung eingeführt, die Menschen leben viele Jahre ohne Krankheiten, und die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung stieg auf 73 Jahre.

In diesem Land, in dem der Staat die volle Verantwortung trägt für das materielle und kulturelle Leben der Arbeiter, Bauern und aller Werktätigen, haben alle Menschen der Arbeit ein glückliches Leben, ohne Sorgen um Ernährung, Bekleidung und Wohnung, um die Bildung der Kinder und die Heilung von Krankheiten zu kennen.

Die KDVR hält konsequent an der Selbständigkeit in der Politik fest, sie verteidigt ehrenvoll in den Ausenbeziehungen die Rechte und die Würde des souveränen und unabhängigen Staates. Sie verfügt auch über eine leistungsstarke Verteidigungsmacht und ist bereit, die Aggressionen jeglichen beliebigen Feindes rechtzeitig zurückzuschlagen.

Die KDVR ist wahrhaftig ein Land der Blüte für ein Volk, das den hohen Gipfel des Sozialismus erklimmen hat. Wenn der zweite Siebenjahrplan, der in vielen Bereichen der Volkswirtschaft eine Produktionssteigerung auf mehr als das Zweifache gegenüber dem derzeitigen Stand vorsieht, erfüllt sein wird, wird die KDVR, die eine unabhängige, selbständige und zur Selbstverteidigung fähige sozialistische Macht ist, ein noch reicheres und stärkeres, ein noch entwickelteres und noch mehr erblühendes Land geworden sein, ihr Antlitz noch mehr erneuert haben, und das koreanische Volk ein noch glücklicheres und fruchtbareres Volk in allen Gebieten der Politik, Wirtschaft und Kultur führen.

Gläubiger-Profit

Fortsetzung von Seite 5

Die Rückzahlung ihrer Schulden mehr Mittel, als sie im Durchschnitt der letzten Jahre Gelder in Form von Krediten aufgenommen haben.

Welche Rolle spielt der Finanzplatz Schweiz im internationalen Geldkreislauf? Die Schweiz gehört zusammen mit den USA, der BRD, Japan und der Erdölstaaten zu den wichtigsten Kreditgebern der Weltbank, der führenden internationalen Kreditvermittlungsorganisation. Die Schweiz ist zwar kein offizielles Mitglied der Weltbankgruppe, hat jedoch der Weltbank gewisse Vergünstigungen gewährt (Öffnung des schweizerischen Kapitalmarkts). Die Weltbank hat in der Schweiz bereits für über 5 Milliarden Franken Anleihen aufgelegt - Anleihen, die zum grössten Teil von institutionellen Anlegern wie Pensionskassen und Versicherungen gezeichnet wurden. Neben den USA und der BRD ist die Schweiz für die Weltbankgruppe der wichtigste Kapitalbeschaffungsort. Der Hilseffekt der Weltbankkredite in der Schweiz ist eher gering. Am meisten davon profitieren dürfte die Industrie, da der grösste Teil der Gelder aus Anleihen in der Schweiz von den Kreditnehmern zum Kauf von Ausrüstungsgütern bei der schweizerischen Industrie verwendet wird.

Auch der Internationale Währungs-fonds erhält von der Schweiz laufend Kredite. Schliesslich wird das Euro-Finanzsystem, auf dem die Entwicklungsländer zu den wichtigsten Schuldner gehören, von den Schweizer Banken mit grossen Kapitalmengen alimentiert. Durch das grosse Kreditvermittlungspotential der Schweizer Banken vor allem im Euro-Finanzsystem geraten die Entwicklungsländer in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den schweizerischen Geldgebern. Dies äussert sich sichtbar zum Beispiel dann, wenn Wirtschaftsminister aus Entwicklungsländern den Direktoren schweizerischer Banken «private» Besuche abstatten.

Der Finanzplatz Schweiz stabilisiert die Unterentwicklung

Ungleiche Einkommens- und Vermögensverhältnisse hemmen die wirtschaftliche Entwicklung. Soweit die Vermögen im Ausland liegen - besonders wenn sie in Form unproduktiver Wertpapieranlagen gebunden sind - wird den Entwicklungsländern dringend benötigtes Kapital entzogen. Die Kapitalflucht in die Finanzzentren der Schweiz verzerrt laufend den Kapitalstock der Ent-



Heiteres Gesellschaftsspiel

wicklungsländer. In der Wirtschaft, besonders bei den mittleren und kleineren Unternehmen, die arbeitsintensiv produzieren, fehlt Kapital für Investitionen, was die Unternehmen zwingt, ausländische Lizenzen zu erwerben.

Im internationalen Finanzzentrum der Schweiz sammeln sich demgegenüber die Erträge der in den «sicheren» Hort verschobenen Fluchtkapitalen an. Weiter wird von der Schweiz aus nicht entsprechendes den Fluchtkapitalströmen aus den Entwicklungsländern reinvestiert. Denn die Fluchtkapitalien sind in der Verfügungsgewalt der Banken und Anlagefonds, welche die Gelder vorwiegend bei den Multis der Industrieländer oder in Wertpapieren internationaler Organisationen anlegen. Über Direktinvestitionen in Entwicklungsländern entscheiden

die über die Banken und Anlagefonds mitfinanzierten Multis. Wenn Multis und Banken der Industrieländer festlegen wer Kredit erhält und bei wem wieviel investiert wird, so wird über die Wirtschaftsstruktur der Entwicklungsländer massgeblich in den Industrieländern bestimmt.

Der Finanzplatz Schweiz in seiner Funktion als sicherer Hort für Fluchtkapital und als Kapitallieferant für die von den Multis betreuten technologieintensiven Grossprojekte, die den arbeitsintensiven Wirtschaftsstrukturen der Entwicklungsländer von aussen her aufgefördert werden, ist damit in hohem Ausmass für die Verschlechterung der Lebensbedingungen in der dritten Welt mitverantwortlich.

Das Bild: H. Meyer - «Finanzplatz Schweiz und Dritte Welt» 200 Seiten, Z. Verlag Basol

das konzept Tip

3.-Welt-Broschüre für Schüler

Die «Aktion Dritte Welt» hat eine neue Broschüre für Schüler ab etwa 14 Jahren herausgebracht: «Probleme der Dritten Welt». Auf 44 Seiten finden sich Informationen und Erklärungen (zum Teil mit Comics) zu verschiedenen Aspekten der Entwicklung, der Entwicklungshilfe, von Weltbewegungen usw. Abgeschlossen sind auch Tipps für mögliche Aktionen sowie Hinweise auf Literatur und Dritte-Welt-Zeitschriften.

Zu beziehen bei: Informationszentrum Dritte Welt, D-78 Freiburg i. Br., BRD, Postfach 5328, zum Preis von -50 DM für Schüler, 1.50 für andere Interessierte.

Eritrea und der Sozialismus

In einem Interview des Schweiz. Eritrea-Komitees mit einem Vertreter der Eritreischen Befreiungsfront (EPLF) werden die westlichen Probleme und Probleme dieses Krieges um Unabhängigkeit beleuchtet. Insbesondere geht der Vertreter der EPLF, Ermias Debesai, auf die Frage der Präsenz von kubanischen und sowjetischen Militärs auf seiten der äthiopischen Armee ein, d. h. auf die Frage, weshalb Sozialisten, welche noch vor wenigen Jahren die eritreische Unabhängigkeit gefordert haben, diese heute bekämpfen.

Das Interview (eine gekürzte Fassung eines mehrtätigen Gesprächs) ist abgedruckt in «zeitdienst» Nr. 29/31/32, Postfach 195, 8025 Zürich.

Vereinigung für lateinamerikanische Kultur

Die neue Vereinigung «idia» befasst sich mit den Kulturen Lateinamerikas unter besonderer Berücksichtigung des sozialen Hintergrundes, dem sie entspringen. Ihr Tätigkeitsbereich umfasst die Förderung von Künstlern und Wissenschaftlern, die ein aktives Interesse an der lateinamerikanischen Kultur besitzen; Beratung von Kulturschaffenden; Produktion und Vertrieb von Kulturprodukten. «idia» präsentiert 1978 zwei Produktionen: Anlässlich des Jahrestages des blutigen Putschs legt der chilenische Sänger und Gitarrist Alberto Pérez die erste Platte vor: ein Versuch, seine Lebenserfahrung, seine Hoffnungen und Ängste als Exilierter in der Schweiz aufzuarbeiten.

«idia»-LP 101, Pérez: Alid, 20 Fr.

Der erste Kalender (1979) ist dem Sertão gewidmet, dem Innern des brasilianischen Nordostens, einer von Trockenheit und Armut geplagten Region. Die Schwarzweissbilder sind von Edgar Ricardo von Buettner, dem Sekretär der Vereinigung «idia», den Sertanejos. Das Titelbild «Madonna und meine Brüder» wurde am internationalen Photowettbewerb «Arbeit und Freizeit» (photonika 1978) prämiert. Der Wettbewerb fand aus Anlass des dreissigjährigen Bestehens der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Uno) statt. Im Oktober stellt der Autor 70 Bilder über den Sertão im Wälderndemuseum der Universität Zürich aus.

«idia»-Kalender 1979, 13.70 Fr. Bestellungen: PF 140, 9008 St. Gallen

Advertisement for Hewlett-Packard HP-31E calculator, featuring the text 'Häscht Du scho de nöi HP-31E für Fr. 145.-?' and an image of the calculator.

Wenn Grossunternehmen über «ihren» Gesellschaftsbezug berichten:

Sozialbilanz schafft Firmenglanz

Von Rudolf Strahm, Ökonom

Die Migros-«Genossenschaft» hat ihre erste «Sozialbilanz» herausgegeben. Im Gottlieb-Duttweiler-Institut (GDI), Rüslikon, wurde diese für die Schweiz neuartige Unternehmensberichterstattung der Presse vorgestellt. An einer modisch gehaltenen Tagung erhielten Kritiker von links und rechts – nachträglich! – Gelegenheit, die «Institution» Sozialbilanz im allgemeinen und den Migros-Bericht im besonderen unter die Lupe zu nehmen. «Sozialbilanzen dokumentieren immerhin den

öffentlichen Charakter der Unternehmensentscheidungen; sie müssen als ein Schritt zu vermehrter öffentlicher Kontrolle der privaten Unternehmenstätigkeit betrachtet und weitergeführt werden.» Dies die Einschätzung von Rudolf H. Strahm, Ökonom und Dritte-Welt-Spezialist (Nestlé-Kläger), von dem wir für «das Konzept» Auszüge aus seinem GDI-Referat «Sozialbilanz – eine Alibiübung?» bearbeitet haben.

Mit der Präsentation von Sozialbilanzen wird eine neue Runde in der Firmenwerbung eröffnet. Sozialbilanzen geben den Unternehmenleitungen ein neuartiges Propagandainstrument in die Hand. Es erlaubt ihnen zusätzliche Publizität für die Firma. Sie können sich als fortschrittlich und gesellschaftsbewusst präsentieren, und sie behalten alle Möglichkeiten, die Auswahl der veröffentlichten Daten und Ergebnisse ganz allein vorzunehmen. Sozialbilanzen sind die bisher aufwendigste Form des «window dressing» (Schaufensterdekoration) durch Unternehmen.

«Sozialbilanzen sind in der Regel ein Rechtersystem und in der gängigen Ideologie (die beide hinter der Wirtschaftswirklichkeit nachhinken) noch als privates Entscheidungsfeld von Privaten behandelt wird. Die Sozialbilanz des privaten Unternehmens wird mit der Veröffentlichung von Sozialbilanzen ein Stücklein offensichtlicher. Sozialbilanzen sind eine publizistische zwar offensichtlich geführte, aber im Grundgedanken eine reaktive und passive Antwort auf die Legitimationskrise, in der die Konzerne stecken. Deswegen passiv, weil keine tatsächlichen, sondern nur rhetorische Verhaltensänderungen stattfindend.

Wer verteilt die Noten?

Es ist absurd, wenn Unternehmen ihre Wirkung auf die Umwelt selber benoten. Die betroffenen Teilöffentlichkeiten müssen die Bewertung selber vornehmen. Wenn das Unternehmen seine gesellschaftsbezogenen Auswirkungen selber benoten, ist das etwa gleich, wie wenn ich einen Autounfall verursache und selber den Schaden des andern beurteile und bewerte.

Schon der Ausdruck «Sozialbilanz» täuscht eine Objektivität vor, die gar nicht eingehalten werden kann, denn was sozial als gesellschaftsbezogen – ist, wird allein von den Unternehmen bestimmt. Eine Sozialbilanz, erstellt durch eine Unternehmensleitung, ist ein Widerspruch in sich.

Auch soziale Kosten zählen

Eine Bilanz sollte definitionsgemäss aktive und passive Posten enthalten. Eine soziale Kosten-/Nutzen-Rechnung müsste also auch die gesellschaftlichen Kosten oder Schäden aufweisen.

Wenn z. B. eine Beschäftigungsbilanz eines Grossverteilers aufgestellt wird, so müssten dem Beschäftigungszuwachs in der Unternehmung die in der gleichen

In ethischen Chefetagen dämmern Sozialbilanzen dahin – erstellt, werden aber nicht publiziert. Beispiel BBC: Der Maschinenkonzern hat vor Monaten schon einen Sozialbericht veröffentlicht, aber nie veröffentlicht. Beispiel Pharma-Multis: H. Hoffmann-La Roche: Eine Arbeitsgruppe wertet schon lang daran, doch – so Vizepräsident Hans Fehr freimütig – «es eilt uns nicht sehr.» («TAT» 5. 9. 78)

Zeit andernorts durch das Ladelisterben verschwundenen Arbeitsplätze gegenübergestellt werden. Oder wenn ein Konzern für eine Filiale in einem Entwicklungsland die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze aufführt, müssen ethrischweise die durch die Rationalisierung im traditionellen Handwerks- und Ge-

werbesektor freigesetzten Arbeitsplätze gegenübergestellt werden, und damit wird die Beschäftigungsbilanz per Saldo meist negativ. Das und nur dies ist eine volkswirtschaftliche und gesellschaftsbezogene Bilanzierung!

Sozialbilanz als Alibiübung

Die Beurteilung der von Unternehmen erstellten Sozialbilanzen ist zwiespältig: Einerseits ist es positiv, dass überhaupt nach gesellschafts- und gesellschaftsbezogenen Wirkungen der Unternehmungen gefragt wird. Diese Fragestellung kommt unserer Wirklichkeitsphilosophie der absoluten Sozialpflichtigkeit des Eigentums näher. Es lassen sich auch Fragen thematisieren, die bisher von der privatkapitalistischen Ideologie Absichts gedrängt worden sind (Umwelt, Grundbedürfnisse, Verhältnis Mensch/Natur, Sinn des Lebens).

Andererseits ist diese rhetorische Flucht nach vorn die bisher stärkste Propaganda der Unternehmen: weil die eigenständig selektierte und autonom ermittelte Datenerhebung und Berichterstattung den Unternehmenleitungen neue Machtmittel gegenüber den Gewerkschaften, der Wirtschaftspresse und dem Staat in die Hand gibt.

Auf 47 Seiten schildert BASF, der Bundesrepublik zweitgrösster Chemiekonzern, sein soziales Wirken. Die Antwort der Gewerkschaft IG Chemie auf das Unternehmenspapier folgte auf dem Fusse: eine «Anti-Sozialbilanz» von 175 Seiten. Die BASF-Manager konterten ihrerseits mit einer «Anti-Anti-Sozialbilanz». Ihr Umfang: 360 Seiten. Hauptkritik der Gewerkschaften an Sozialbilanzen nach Art der BASF: Statt Konflikte zu zeigen, stellen sie den Konzern als grosse Familie dar. Das so meint die «Anti-Sozialbilanz» bis: «Der Mensch ist stets noch Regressore zwischen Gewinn und Verlust. Dies lässt sich mit noch so wohlklingenden Partnerschaftsformulierungen nicht aufheben.» («TAT» 5. 9. 1978)

Die Gewerkschaften sind durch diese Art der «Sozialberichterstattung» herausgefordert. In der Bundesrepublik war die Reaktion des deutschen Gewerkschaftsbundes und der Einzelgewerkschaften auf die bisher publizierten Sozialbilanzen äusserst negativ.

Die Unternehmen sollen die Bewertung und Beurteilung der Auswirkungen nicht allein, sondern nur zusammen mit den Betroffenen und/oder aufgrund von gesellschaftlich ausgehandelten, anerkannten und überprüfbar Normen und Sozialindikatoren vornehmen.

Beispielsweise müssten bei den Erhebungen für den Sozialbericht einer Unternehmung die Befragungs- und Auswertungsschemata zusammen mit den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen ausgearbeitet werden. Es müsste auch nach den negativen Auswirkungen der Produktivitätserzeugung und der extremen Arbeitsteilung gefragt werden: Stresskrankheiten, steigende psychiatrische und psychosomatische Erkrankungen, ansteigende Tranquilizer- und Schlafmittelkonsum sind die gesellschaftlichen Symptome dafür.

Nicht nur die Unternehmensaufwände, sondern auch die Unternehmenswirkungen auf Belegschaft und Umwelt sind aufzuführen.

Die Rechnung geht nicht auf

Der Industrialisierungsprozess und die zunehmende Arbeitsbelastung bringen mit sich, dass zunehmend Kosten der Betriebs externalisiert, d. h. jemand anderem aufgebürdet werden. Die Stressfolgen der Produktivitätssteigerung für die Arbeitnehmer werden auf die Familien, die Krankenkassen, den Staat überwälzt, es werden also Folgekosten vom Betrieb ausgelagert. Gleichfalls geschieht dies mit der Umweltbelastung, bei der Energieerzeugung, bei der räumlichen Konzentration und der daraus folgenden Mobilität der Bevölkerung. Selbst derjenige, der heute einen Lastwagen fährt bezieht (abgesehen von den Umweltbelastungen) von der öffentlichen Hand eine Subvention, denn alle Lastwagensteuer decken ja längst nicht mehr die Infrastrukturkosten des Staates.

Wenn die Migros zum Beispiel die Beschäftigungsstruktur in dem Sinn umlagert, dass die Zahl der Festangestellten von 1975 bis 1977 um 5 Prozent vermindert wird und die der Aushilfen im gleichen Zeitraum um 50 Prozent erhöht, so werden durch diese Art von Rationalisierung effektiv Folgeleistungen für Sozialpflichten, Fürsorge und Altersvorsorge abgehoben. Diese müssten in der Sozialbilanz als zusätzliche gesellschaftliche Leistungen an das Unternehmen verbucht werden.

Wirtschaftsjournalisten: Kritiker oder Hofnarren?

Für die Wirtschaftspresse bedeutet die Sozialbilanz-Welle, die wahrscheinlich in den nächsten Jahren auf uns zukommt, eine ganz besondere Verantwortung. Denn die Firmenpublizität der grossen Konzerne wird zunehmend perfid. Die Rhetorik wird dem Modetrend angepasst. Die Ciba-Geigy spricht zum Beispiel davon, in den Entwicklungsländern nur die Grundbedürfnisse zu befriedigen, obwohl sie nur zum kleinsten Teil Basismedikamente anbietet. Der Holzerbank-Konzern investiert in Kirchenvertreter nach Costa Rica ein, zwecks Erstellung einer kirchlich-industriellen Sozialbilanz über eine dortige Zementfabrik, einer Sozialbilanz also zur Präsentation einer kirchlich abgesetzten Wohlthatenaktion.

Unternehmern wurde an einem Davoser Management-Symposium empfohlen, progressive Soziologen als moderne «Hofnarren» einzustellen, die die zukünftige gesellschaftliche Kritik firmenintern vorwegzunehmen und die Firmenwerbung planen. Jeder grosse Konzern hat sich ein kleines Büro Farmer als PR-Abteilung einrichtet. In diesem Büro bald nicht mehr von PR-Abteilung; Nestlé nennt die ihre PR-Abteilung «Office of Corporate Responsibility» (etwa: Büro für Zusammenarbeit).

Eine Art wirtschaftsjournalistischer Verhaltenskodex drängt sich auf. Im angelsächsischen Raum gilt die Devise für PR-Abteilungen: Wirtschaftspublizität, dass über eine Unternehmung nicht als Tatsache veröffentlicht wird, was sie selber von sich behauptet, es sei denn, offizielle Stellen hätten diese Daten geprüft.

Bei uns sind wir noch weit entfernt von einer unabhängigen Wirtschaftspresse. Vielen erscheint sie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, als verketterter, undurchdringbarer Teig von Wirtschaftsjournalisten und Unternehmern. Deshalb sollte diese wirtschaftsjournalistische Verhaltensmaxime «Check the sources – control the facts» auch bei uns Eingang finden.

Migros-Sozialbilanz: eine Firma misst sich selbst:

Orange, wieder data-frisch?

Seit längerer Zeit hat die Migros Mühe mit den Nähten. Ihre steile und anscheinend unaufhaltsame Expansion hat sie längst aus dem Kleidchen des bescheidenen, aber schlauffüchsigsten Konsumenten-Dienstmädchens herauswaschen lassen, das unter der Führung und Sozialkapital Duttweilers für sie geschneidert hat.

Die Migros hat sich zum viergrössten Unternehmen und zum grössten privaten Arbeitgeber in der Schweiz aufgeschwungen. Mit ihrem immer noch steigenden Anteil am Detailhandel (im Raum Zürich-Ostschweiz inzwischen fast 30% des Lebensmittelumsatzes) nimmt sie eine marktherrschende Stellung ein und war nicht nur gegenüber den Konsumenten, sondern auch gegenüber den Lieferanten und Produzenten. In einzelnen Bereichen nähert sie sich der Grenze zum Monopolbetrieb. Den Kleinen leistet sie kräftigster Stütze. Das Dienstmädchen ist eine mächtige Matrone geworden.

Diese Unternehmenspolitik der Migros gerät immer mehr in Widerspruch zu ihren erklärten sozialen Zielsetzungen. Das Volk nimmt ihr die Dienstmächtracht nicht mehr ab, wie sie sich selber beklagt. Die zunehmende Kritik von aussen hat in der Migros einen Rechtfertigungszwang erzeugt. Sie hat damit in gewohnt offensiver Art reagiert und mit kommunistischer Managerpomp eine «Sozialbilanz» zelebriert: schonungslos und selbstkritische Darlegung des gesellschaftlichen Schadens und Nutzens. Ganz mutig.

Damit die Leute sich einen richtigen Begriff machen von Mut und von der Schonungslosigkeit dieser Sozialbilanz, gibt der Vorsitzende Manager Arnold an der Pressekonferenz eine Anekdote zum besten: Die Leute vom Hotelplan (Reisebüro der Migros) hätten überhaupt nicht begriffen, was eine Sozialbilanz sei, die hätten bloss einen Public-Relations-Text abgeleitet. Da habe er einschreiten müs-

sen und selbst die notwendigen kritischen Anmerkungen in den Bericht hineingepostet. Man staunt: der höchste Boss als gewissenhafter Wächter über Selbstkritik.

Und das raffiniert erzeugte Staunen soll dann darüber hinwegtäuschen, dass die Migros-Sozialbilanz fast doch eine Mischung von 95% Werbung, PR, Schönfärberei plus tatsächlich einem Schuss Eigenkritik ist.

«Man hat sich beim MGB grosse Mühe gegeben und mit Bienenfleiss eine umfassende Übersicht über die positiven Leistungen zusammengestellt. Was weitgehend Prozent ist und entspricht dem Platz für 300–600 kleine Läden. Im letzten Jahr hat die Migros ihren Umsatz um 8 Prozent gesteigert (der schweizerische Detailhandel insgesamt nur um 3,3 Prozent). Im Mittel der letzten sieben Jahre hat die Migros den Umsatz um 12,5 Prozent jährlich gesteigert. ... Gedanken die Migros vielleicht in diesem Jahr sämtliche Filialen im Dezember zu schliessen, damit die 2 Prozent nicht überschritten werden?»

Beat Schweingruber

Die Migros hat jetzt ihre (sozialen) Aktivitäten propagiert. «das Konzept» wird die sozialen Passivitäten etwas unter die Lupe nehmen. Mehr darüber in einer Serie diesen Herbst.

Eine «konzept»SSR-Dienstleistung

Gratis-Reisepartnersuche



Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name, Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rp. frankiert, einbinden an «das Konzept», Reis mit, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).

Kommerszielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in den Rubriken «treffpunkt», «Flöhmarkt».)

Suche Reisepartner(in) für unkonk. Mexiko-Reise mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Reisezeitdauer: 5 Wochen, Start November 78 oder nach Vereinbarung. Bin 24, techn. Angestellter, telefoniere bitte an (052) 27 98 40 (abends ab 19 Uhr).

Ich möchte nicht allein in Peru herumreisen. Möchte aber unbedingt Peru kennenlernen. Wer kommt mit? In Oktober? Für 4 Wochen? Ich habe den Rückpass bereits besapakt Vreny Frisch, G. (01) 45 33 22, P. (01) 45 33 22.

Etudiant, 25, cherche compagne(on) de voyage et de vacances dès début septembre, pour quelques semaines. Si ça colle, réciproque l'amie prochaine pour quatre mois au moins en Asie. J'attends tes nouvelles. J.-M. Allmann, case postale 11, 2800 Delémont 2.

Trekking-Partner für Nepal ab Mitte November 78 für 4–6 Wochen gesucht. Horst Plank, Wielandstr. 3, D-1 Berlin 38, 12.

Südkorca (27, 9–24, 10.), Reiseleiter/Reiseleiter Typ (D-1) sucht weiblichen Pendant für Südkorca-Reise. Kostpunkt ca. 2600 Fr. Rückpass Zürichken. Hardstr. 94, 4052 Basel, Tel. (063) 42 10 27, ab 19 h.

Gesucht wird für längeren Englandaufenthalt (halbtags) (Reisebegleiter(in) mit Motorrad. Ich habe eine 250er Suzuki und bin 20 Jahre alt. Abfahrt ist im Mai 1979. Moya Heilensien, Sühlfeldstr. 26, 8003 Zürich.

Für Nepal-Trekking, Okt.–Dez., suche ich (31) einen Partner. B. Hellmiser, Steinerstr. 48, D-7100 Heilbronn.

Schweizer/Australier student (22) seeks English speaking female student for trip to Greece. Mid September till Mid October or nervous breakdown. Interests: "Foster's Lager" and diving. Otherwise boring. King Pete, and well see. (063) 5 34 73.

Suche Südkamerer: Melde Dich bei (01) 87 13 71.

Mediziner (26/182) sucht attraktive Kommilitonin als Begleiterin für Trip nach Portugal oder im Langstrecke gegen Ende August oder Anfang Sept. Näheres sollte gemeinsam besprochen werden. Egon Förster, D-63 Giesheim, Heide 1.

Sudan-Reise: Suche für ca. zweimonatige Rückscoutour durch Sudan mit offener, Verkehrtsmitteln im Nov./Dez. 78 Reisepartner(in) mit echtem Interesse an Land und Leuten und viel Strapazierfähigkeit. Kontaktaufnahme: Hans Plank, Hauptstr. 9, 8424 Saal, BRD.

Voyage en Grèce! Etudiant (23 ans) cherche pour le mois de septembre compagne de voyage (de la France ou Française) circuit touristique mais aussi endroits peu connus. Denis Tissot, 2, av. Trib. Fédéral, 1005 Lausanne.

Suche Kameradin oder Kameraden für Griechenland-Runde im September und/oder Oktober. Bin 24, Student (phil. 1), Tel. (056) 22 47 26, Philipp.

Ich, 22/175, suche eine unternehmungslustige und ehrliche Reiseleiterin. Alter und Aussehen egal. Vorzuzug: Deutsch. Reisen auf eigene Faust. Auf einen Brief (evtl. mit Photo) freut sich Bruno Schuler, Rütlihofstr. 7, 8400 Winterthur.

WERKWOCHEN MIT PUPPEN

Kursleitung: Elisabetha Bleisch Charli Schluchter, Puppenspieler

Marionettenkurs: 9.–13. Oktober 1978 täglich 10.30–16.00 Uhr

Kursort: Belletrivest. 201, Zürich Auskunfterteil: (01) 720 08 88 (01) 720 18 68

Ich, (24. w.), suche Reisepartner(in) für ca. 2 Me. (Nov./Dez.) per Mietauto, Bahn, Schlafsaal usw. Neu-Seeland zu «reisen. Bitte kurz an Monika Hadorn, St.-Jakobstr. 89, 9000 St. Gallen.

Wer unternehm mit mir (19) eine Türkeireise? Mit Bahn und Bus möchte ich dieses faszinierende Land während 2 Wochen, im September, bereisen. Anreise mit Flugzeug (SSR). Reise: Lützbach, Burgbühl, 6247 Schöft, (045) 71 15 54.

Reiselustiges Girl, 17 Jahre, suche Partner oder Partnerin zur Reise. Bitte genaue Angabe Eure Antwort an: Cornelia Etter, Tschingelweg 19, 7000 Chur, Tel. (081) 27 42 66 bis 20.30 h.

FLÖHMARKT Kleininserate

Zu verkaufen: Citroen Ami Super (4 Zyl., 1058 cm), 1. Inverkschreitz, 8. 1975, 63 000 km, 4200 Fr. Tel. (01) 32 40 17 (abends).

Suche Wohnungsmöbel, Stadtrand oder Umgebung Zürich, ab Oktober 30. m. WG-Erfahrung. Ökonom, entwicklungspolitisch tätig. (071) 25 01 80 Urs, abends.

treffpunkt

Kontaktinserte Adresse für Zuschriften auf Chiffre-Inserate: Chiffre-Nr., «das Konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich

Boy (22/178), Student, blond, sucht Lederfreund (mit oder ohne Motorrad) zum Aufbau einer Freundschaft, gleichgültig. Jede Zuschrift mit Bild wird absolut direkt beantwortet. Chiffre C 961.

ZH: Frau (38/168), schlank, sinnlich, denkfreudig und tolerant. freut sich auf die Begegnung mit einem jungen, ungebundenen Mann mit kritischem Denkvorgang, doch sensiblen Fühlen und Sanftheit, dem sie ihre echten Gefühle zeigen kann (Vielleicht ein blauaugiger Waage-Typ). Chiffre B 960.

Ich suche einen Schweizer, der bereit ist, mich zu heiraten: Ich habe nicht das «Vorrecht», in der Schweiz geboren zu sein, möchte aber hier bleiben ohne die dauernde Angst, keine Aufenthaltserlaubnis mehr zu bekommen. Wer ist bereit, sich damit auseinanderzusetzen? Chiffre A 959.

Die billigsten Kontakt- und Kleininserate weit und breit!

treffpunkt FLÖHMARKT

Kleininserat: 5 Zeilen 10 Fr. (Weitere Zeilen 2 Fr. Kontaktinserte: 5 Zeilen 15 Fr. (inkl. Chiffregebühr) Zeile à 30 Zeichen)

Talon ausfüllen und einbinden an: Inseratenverwaltung «das Konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich, Bank (inkl. 10/15 Fr.) auf Postcheckkonto 80-36 651, Inseratenverwaltung «das Konzept», 8006 Zürich, einzeilen oder Betrag. In der Inseratenverwaltung des Betrages, Falls Talon länger als gegebenes Bild, pro zusätzlicher Zeile 30 Zeichen 2 Fr. einbinden. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Name und Adresse

Reisen auf die günstige Tour. Für alle bis 26. Mit Eurotrain vom SSR. Zum Beispiel: einfach ab Zürich, Rom 43, Wien 50, Paris 45, London 95, Stockholm 165. Rund 30 Städte auf eigene Faust – mit dem speziellen Eurotrain-Billt vom SSR. für alle bis zum Alter von 26. Schick' uns einfach den Coupon oder ruf' an: Tel. 01/242 30 00. Bis 40 % billiger. Bitte schick' mir gratis den Eurotrain-Prospekt. Name, Vorname, Strasse, PLZ/Ort, SSR-Reisen, Postfach, 8023 Zürich, Telefon-Verkauf 01/242 31 31, Verkaufsstelle Leonhardstrasse 10, 8001 Zürich

bücher/diskussion

Masnata-Rubattel: «Macht und Herrschaft in der Schweiz»

Eigenarten des Schweizer Herrschaftssystems

Claire und François Masnata-Rubattel, «Macht und Herrschaft in der Schweiz» (orig. Le pouvoir suisse - séduction démocratique et répression suave), Luchterhand, Darmstadt 1978, ca. 270 S.

Die kritischen Studien zu Problemen der Schweizer Gesellschaft lassen sich schwerlich überblicken, um so mehr als die meisten von ihnen auf den publizistischen Apparat verzichten müssen, der der herkömmlichen Wissenschaft zur Verfügung steht. Der Wunsch, ein geeigneter Autor möge eine Synthese versuchen, war denn auch öfter in den letzten Jahren geäußert worden. Dieser Wunsch scheint mir, ist mit dem neuen Buch «Macht und Herrschaft in der Schweiz» von Claire und François Masnata-Rubattel (Luchterhand-Verlag) erfüllt worden.

Das Schweiz-Buch ist zweigeteilt. Während der zweite Teil eine Zusammenfassung der kritischen Literatur zum Thema aktuelle Schweiz bietet, stellt der erste Teil ein historisches Essay zur Geschichte der Schweiz dar. Die Geschichte der Schweiz in knapp hundert Seiten zu packen, ist ein gewagtes Unternehmen. Die Autoren wollen denn auch in ihrem Buch weniger eine geschichtliche Darstellung bieten als einige Postulate formulieren, die ihrem Buch als Arbeitshypothese dienen. - Das erste dieser Postulate: der Vortrag des Wirtschaftlichen in der Geschichte der Schweiz, was die Autoren bereits im 13. Jahrhundert erkennen: «Die Geschichte der Schweiz - und das ist ihr erstes und wichtigstes Kennzeichen - kann auf die jeweiligen Antworten zurückgeführt werden, die die herrschenden Klassen auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten gegeben haben. Die Errichtung der Teufelsbrücke, die die Nord-Süd-Verbindung über den Gotthard herstellt, datiert aus dem Jahr 1200, der ewige Bund wurde 1291 geschlossen. Und später: «Die Geschichte der Schweiz ist die Geschichte der Erschließung

zunehmend grösserer Räume. Die Politik stand 1798 und 1848 ebenso im Dienste der Wirtschaft wie heute.»

Der Entstehung der modernen Schweiz d. h. der Bundesverfassung von 1848, widmen die Masnatas eine originelle Analyse. Ein beeindruckendes Material ist zusammengetragen, das das Postulat zu untermauert: «In Wirklichkeit ist der Grundstein des Verfassungsgebäudes von 1848 die wirtschaftliche Organisation des «Schweizer Marktes» als unumgängliche Bedingung für die Entwicklung des Kapitalismus. Ist das festgestellt, muss man immerhin die Originalität der

seits. «Dem radikalen Freisinn ist der demokratische Aufbau der kapitalistischen Ordnung nur gelungen, weil von 1800 bis 1880 das Kapital die einzige nationale Kraft dargestellt hat.»

Es wäre nun falsch - und die Autoren unterstreichen es -, in der Schweiz von 1848 nur das kapitalistische Element zu sehen. Diese Schweiz hat zweifellos fortschrittliche Züge. «Sicher, die unmittelbare materielle Grundlage für die Aktivitäten der Radikal-Freisinnigen ist die wirtschaftliche Einheit; aber zu ihrer unären Rhetorik gehören noch andere, psychologische und ideologische Elemente.» Namentlich die politischen Rechte. «Es hat in der Schweiz keine nationalen Volksaufstände gegeben, keine gefährlichen «Massen» vor den Toren der Paläste; deshalb bestand auch keine Angst, den Bürgern zuviel Gewalt zu übertragen. (...) Die einzige nationale politische Kraft ist die Handel und Industrie betreibende Bourgeoisie. Da kein sozialer Konflikt auf nationaler Ebene besteht, kann sie es sich leisten, in Sachen der politischen Demokratie radikal zu sein.»

Der zweite Teil unseres Buches ist dem Zusammenhänge des «Beweismaterials» zugunsten der erwähnten Postulate gewidmet. Die Autoren erheben sich zu Beginn gegen eine zu grosse Einschränkung des Begriffs «Politik»: Will man die Politik der Schweiz begreifen, so muss man die Kräfteverhältnisse auch ausserhalb der Staatssphäre analysieren. Claire und François Masnata-Rubattel versuchen nun zu zeigen, dass die Schweiz im Wirtschaftlichen, Politischen und im kulturellen grundlegende Ungleichheiten aufweist, und diese Ungleichheiten führen zu einer fast vollkommenen Herrschaft der Bourgeoisie über das gesamte gesellschaftliche System.

Es kann hier nicht auf die reiche Dokumentation eingegangen werden, die die Autoren in diesem zweiten Teil ausbreiten. Manches davon ist bekannt. Anders wird beim Leser wohl Überraschung, oft vielleicht Bestürzung auslösen. Das Buch baut denn auch auf die grosse Vorarbeit auf, die in der demokratischen Bewegung in den letzten Jahren geleistet worden ist. Wenn «Macht und Herrschaft in der Schweiz» der demokratischen Bewegung, wie auch der Arbeiterbewegung, vieles verdankt, so ist zu hoffen, dass dieses Buch seinerseits zur Stärkung der demokratischen Opposition in der Schweiz beitragen wird. Eine ausführliche Diskussion seiner Thesen und seiner Darstellungen scheint mir jedenfalls höchst wünschenswert.

Christof Büchi



In dieser Rubrik präsentiert, kommentiert und kritisiert das konzept neuerschlossene Bücher für seine Leser.

gefundenen Lösungen anerkennen.» Die Autoren leugnen nicht das Bestehen von eigentlich politischen Auseinandersetzungen. Aber mit der Verfassung von 1848 wird eine Besonderheit der Schweiz institutionalisiert, nämlich das Austragen der Politik auf lokaler und kantonaler Ebene; die Schweiz, das heisst der Zentral- und Nationalstaat, wird fast ausschliesslich zur Verteidigung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen geschaffen. «Die Politik auf nationaler Ebene ist eine «residuelle Politik», sagen die Autoren. Das heisst: «Die Politik ist, was übrig bleibt, wenn die Kantone nicht mehr weiterkommen.»

Das ist eine originelle Interpretation der «Willensnation Schweiz». Die Schweiz ist nicht auf die Herrschaft eines gemeinsamen Fürsten, auf eine Sprache oder Religion gegründet; was sie zusammenhält, ist der Wille zum gemeinsamen Wirtschaften. - Dieses Wirtschaften macht sie vom Ausland abhängig. Bereits am Ende des 18. Jahrhunderts ist das Primat der Exportindustrie eines der Merkmale der Schweizer Wirtschaft. «Der Schweizer Kapitalismus ist ein Kapitalismus, der vom Kapitalismus der anderen lebt.» Auf dieser Auslandsabhängigkeit gründet die Identität der Schweiz, ihr «negativer Nationalismus».

Das zweite Postulat, auf welchem das vorliegende Buch aufbaut, ist die Verdrängung der Bourgeoisie. Das 18. Jahrhundert hat im entstehenden kapitalistischen Bürgertum den Wunsch aufkommen lassen, die alte politische Ordnung zu sprengen und die wirtschaftlich-politische Einheit herzustellen. Das ist ihm 1848 denn auch endgültig gelungen. Die Schweiz ist die Schöpfung der kapitalistischen Epoche par excellence. Wenn es der Bourgeoisie in der Schweiz gelungen ist, einen Staat fast rein nach Massgabe ihrer wirtschaftlichen Interessen zu schaffen, so hat sie das zwei Umständen zu verdanken: dem Fehlen einer gesonten, ehemals herrschenden Klasse einerseits und dem Fehlen einer einheitlichen, starken Arbeiterklasse ander-

Neuer Schweizer Kleinverlag

Fortschrittliche Wissenschaft

Viele Absolventen der Universität, die das Denken nicht verlernt haben, besitzen zu Hause einen Packen Papier ihrer Abschlussarbeit (Diss. oder Liz.), welche auf diese Weise völlig brach liegt. Und viele wissen gar nicht, dass ihre Kolleg(innen) ganz interessante Resultate mit ihren Arbeiten erzielt haben. Eigentlich ein desolater Zustand: da verpufft haufenweise kritisches Denken. Diesem Zustand versucht ein neues Unternehmen abzuhelfen: der Verlag Reihe W (wie Wissenschaft). Der Verlag ist eine Machergemeinschaft. Der Autor besorgt die Finanzen, bestimmt den Preis und trägt das Risiko. Er liefert dem Verlag zehn Prozent für Werbung und Verwaltung ab. Dafür sorgt das W-Team, das vom Know-how des erfolgreichen jungen Limmat-Verlages profitieren kann. für eine ausführliche Autmachung der Titel; für die Produktion und den Verkauf.

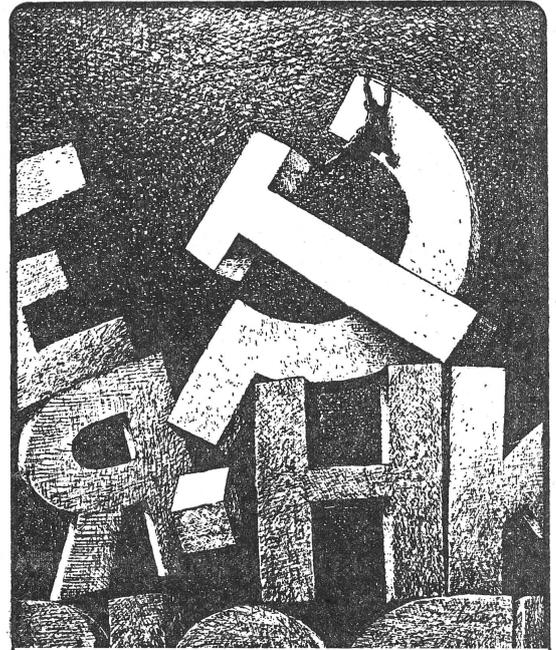
Als erster Band ist Walter Deubers Dissertation «Realismus der Arbeiterliteratur - Praxis und Theorie im Werkkreis Literatur der Arbeitswelt» erschienen. 300 Seiten in einer Auflage von knapp 500 Ex. für 15 Fr. - ein günstiger Preis. Deuber hat insbesondere die schwierige Frage der kollektiven Produktionsbedingungen innerhalb der Literaturwerkstätten untersucht. In Band 2 unternimmt Heidi Schappi-Witzig eine kulturgeschichtliche Analyse des 15. Jahrhunderts. «Die Florentiner Bürger und ihre Städte». Band 3 befasst sich mit der Rekrutierung und Disziplinierung der Arbeiterschaft in der 2. Hälfte des 19. Jh. und bis 1913: Rudolf Fischer. «Die Basler

Missionsindustrie in Indien». Den «Heiden» wurde nicht nur der Christus gebracht, sondern auch die Industrialisierung. (Kontaktadresse: Verlag Reihe W, Postfach 634, 8034 Zürich.)

das konzept TIP

Afrikanische Literatur

Es gibt nur wenige leicht zugängliche Bücher von afrikanischen Autoren in deutscher Sprache. Das liegt nicht etwa daran, dass es die afrikanische Literatur eben nicht gäbe, sondern an einem Eurozentrismus, ja auch einem latenten Rassismus. Die Literatur bildet aber selbst einen gewichtigen Beitrag zum notwendigen Kulturkontakt. Darum haben verschiedene Organisationen (Institut für Sozialökonomie der BRD, Brot für Brüder, Hammer-Verlag, Wuppertal, und Otto-Walter-Verlag, Olten) die Initiative «Dialog Afrika» gegründet. Diese beabsichtigt, bis 1980 16 neuere Werke afrikanischer Autoren zu veröffentlichen. Da das Geld von den Verlagen nicht aufgebracht werden kann, soll es durch die Zeichnung von Anteilscheinern beigebracht werden (350 000 Fr.). Genauerne Informationen erhältlich bei: Brot für Brüder, «Dialog Afrika», Missionstr. 21, 4000 Basel.



Kommunistische Bewegung in der Krise

Der Bruch geht in die Tiefe

Ein Gespenst geht um im Kommunismus, das Gespenst Euro. Was in diesem Spruch und in den sogenannten eurokommunistischen Parteien zum Ausdruck kommt, ist allerdings nur die Spitze eines Eisbergs, ist nur der Schimmer der Tatsache, dass die kommunistische Bewegung von einem Bruch in die Tiefe erschüttert ist. Dieser Bruch besteht in der Tatsache, dass die russische Revolution, die Sowjetunion, ja der ganze «real existierende Sozialismus» aufgehört haben, Inbegriff, Modell und Zentrum der Arbeiterbewegung des Westens zu sein. Ich sage: aufgehört haben. Es ist allerdings so, dass viele KP's des Westens noch immer so tun, als sei dem nicht so, und nicht wagen, dieses Aufhören in seiner Radikalität und in seinen weitreichenden Konsequenzen ernst zu nehmen.

Die Geschichte der kommunistischen Bewegung und insbesondere der Sowjetunion ist voller Brüche, der Bruch der chinesischen mit den sowjetischen Kommunisten hat die geschichtliche Tragweite der Spaltung der II. Internationalen (und der darauffolgenden Gründung der Komintern) erreicht. Auch ist die Liste der Dissidenten, welche die sich etablierende oder schon etablierte Macht der kommunistischen Parteien kritisierten, lang und gar nicht jüngsten Datums. Viele von ihnen allerdings erleben und erleben «ihre» Krise (die in Wahrheit ja nicht ihre persönliche allein war) als Untergang des Marxismus, als Ende der kommunistischen Idee. Sie fanden sich in der Resignation oder im Schoss der Bourgeoisie wieder. Und ein wesentlicher Punkt: Die Macht und Selbstherrlichkeit der Herrschaft unter Hammer und Sichel wurde durch all diese Kritiken nicht erschüttert.

Der Bruch, welcher heute die kommunistische Bewegung durchzieht, hat eine neue Tendenz freigelegt: den Willen zu einem echten Sozialismus, ohne Dogmatismus und totalitären Herrschaftsanspruch. (Das Ungenügen des Ausdrucks «echter Sozialismus» liegt natürlich darin, dass sich alle Dogmatiker auch immer auf die einzig richtige Linie berufen.)

Um Sozialismus und Kommunismus als die menschlichen Ziele sowohl des westlichen Kapitalismus als auch der östlichen Gesellschaften wieder glaubwürdig zu machen, muss die Linke von sich selber fordern:

- Den Dogmatismus auf den berühmten Misthaufen der Geschichte werfen - oder eben doch besser, überall, wo er auftritt, entkräften (noch hat er die Macht);
- statt Geschichtsklitterung zu treiben, müssen die Marxisten die traugrischreckliche Geschichte von Deportation und Vernichtung von Hunderttausenden von Menschen (und viele, wie wirft von ihnen waren Kommunisten!), die Geschichte der Unterdrückung der Menschenrechte, der Freiheiten in ihrer Wahrheit erarbeiten: um aufzuspüren, wo die Wurzeln dieser Übel, die im Namen des Kommunismus geschahen, sitzen. Um sie zu beseitigen. An Stelle des gutheissenden Stillschweigens - welches oft das Schweigen der verkrampten Hoffnung ist, die guten Ziele hätten eben ihren harten Preis - muss das kritisierende Reden treten. Es ist viel schlimmer, einen Fehler zu

verschweigen, als ihn zu machen (Lenin). Das jahrzehntelange Schweigen hat das Ausmass eines «Fehlers» längst überschritten.

Der Bruch in der kommunistischen Bewegung hat sich schon in vielen Erschütterungen bemerkbar gemacht. Die hervorsteckendsten sind die Arbeiteraufstände in osteuropäischen Staaten, der «Fall Jugoslawien», der Prager Frühling. Er macht sich aber auch bemerkbar in der Tatsache, dass immer mehr Marxisten die kritische Geschichte des Sozialismus auf die Tagesordnung setzen. Im Osten sind es die «Dissidenten», die allerdings nicht alle Marxisten sind: aber viele von ihnen. Im Westen sind es die entweder aus den KP's ausgeschlossenen oder ausgetretenen Dissidenten, welche die dogmatische Erstarren eines «Marxismus-Leninismus» über Bord geworfen haben, im Vertrauen auf das Erkenntnis-Potential marxistischen oder leninistischen Denkens. Sie nehmen verschiedene Standpunkte ein: aber sie suchen die Auseinandersetzung, im Bestreben um die Realisierung eines Sozialismus, der soviel Freiheit ist wie nur möglich, soviel (auch internationale) Gerechtigkeit wie nur möglich. Sie suchen die Auseinandersetzung, weil sie noch nicht durch Macht pervertiert sind. Sie werden sich selbst aber nicht um die Frage der Macht drücken können.

Von den verschiedenen Zeugnissen solchen Bemühens (welches notabene bis in die Euro-KP's hineinreicht) sei an dieser Stelle nur eines hervorgehoben: das Kolloquium, welches die italienische Organisation «Il manifesto» im November vergangenen Jahres parallel zur publizistischen Biennale von Venedig (über die Dissidenz) durchführte: «Macht und Opposition in den postrevolutionären Gesellschaften». Die Teilnehmer kamen aus Ost und West, neben Intellektuellen nahmen auch Arbeiter der Fiat-Werke an der Diskussion teil. Allen war gemein die Überzeugung, dass der Weg aus dem erstarrten Marxismus nur durch die marxistische Analyse gefunden werden kann. Alle waren sich einig, dass die zu leistende Arbeit gross ist. Ihre Vorträge machten andererseits die Verschiedenheit der Standpunkte, die verschiedenen Ziele der Kritik deutlich. Indem die Veranstaltung aber in diesem Sinn pluralistisch war, war sie selbst ein Beitrag im Kampf gegen den Dogmatismus.

Eine Sammlung der Beiträge liegt nun (leider nur auf italienisch und französisch: «Il manifesto», 1978, Ed. du Seuil, 1978) vor. Sie enthält neben vielen anderen und ebenso wichtigen Beiträgen diejenigen des französischen Philosophen L. Althusser, des Ökonomen Bettelheim, des Spaniers F. Claudin, der Russen K. S. Karol und L. Pluschtsch, des Tschechen J. Pelikan, der Italienerin R. Rossanda, Namen von Marxisten also, welche auf dem Weg zum Marxismus wieder anzutreffen sein werden. Das Buch - dessen deutsche Übersetzung sehr wünschenswert ist - ist Anfang der kritischen Auseinandersetzung, welche weiterführen muss zu Büchern, die noch nicht geschrieben sind. «das konzept» wird sich an dieser Auseinandersetzung beteiligen. Rudolf Küng

Urs Jaeggi Brandeis

Roman Luchterhand



Roman. Leinen. Fr. 29.80

Der Lebensbericht eines Hochschullehrers. Die Zeit, in der er in seine Rolle hineinwächst, fällt zusammen mit den Jahren vor 1968. Brandeis erlebt als Handelnder und Beobachter, Sprecher und Betroffener die Gesellschaft dieser Jahre mit ihren „typischen“ Konflikten. Er hat ebenso Schwierigkeiten mit seinen Kollegen wie mit den Studenten, deren Ziele er mit prägt, deren Aktionismus ihm aber fremd ist.



Urs Jaeggi wurde 1931 in Solothurn geboren. 1964 wurde er Professor für Soziologie in Bern. Seit 1972 ist er Professor an der Freien Universität in West-Berlin.

Luchterhand

Erfahrungen mit dem CVP-Regierungsmann Wiederkehr

Ein christlicher Blähnüsterich

Von Niklaus Meienberg



Peter Wiederkehr in Verbindung mit seinen Disentser Kollegen

Der Fall ist bekannt: Bigna Rambert, Assistentärztin «und Frau des bekannten Strafverteidigers in Terroristenprozessen, Bernard Rambert» (wie «Der Landbote» in Winterthur schreibt), wird von Professor Uchtenhagen in der Anstellung im Sozialpsychiatrischen Dienst vorgeschlagen. Der Gesundheitsdirektor, Regierungsrat Wiederkehr aus der Christlichdemokratischen Volkspartei, legt das Veto ein, also kann Bigna Rambert die Stelle nicht antreten. Es gibt zwar Proteste, u. a. zwei deutliche Briefe von der Gesellschaft der Ärzte des Kantons Zürich (sehr konservative Gesellschaft) an Wiederkehr, auch Briefe des Zürcher Assistenzärzterverbands und der Vereinigung unabhängiger Ärzte der Region Zürich; auch eine Erklärung von Professor Uchtenhagen, der deutlich sein Befremden über Wiederkehrs Willkür äussert. Gegen die Anstellung von Bigna Rambert erhebt sich öffentlich keine Stimme des Widerspruchs, aber hinterher...

Was hat P. Wiederkehr gegen eine Beschäftigung dieser Ärztin im Sozialpsychiatrischen Dienst einzuwenden?

Der «NZZ» hat es erklärt: Frau Rambert habe «Häftlinge ohne Erlaubnis der zuständigen Instanzen besucht», und «es sei vorgekommen, dass Häftlinge, die von Frau Rambert betreut wurden, abschliessend vom Zürcher Anwaltskollektiv verteidigt wurden, wo Bigna Ramberts Ehemann arbeitet». Wiederkehr hat, nachdem die Nicht-Anstellung von Bigna Rambert fest beschlossen war, diese Gründe zu einem Gespräch empfangen, wobei sie «zugegeben» habe, dass sie während ihrer Arbeit an der Winterthurer Poliklinik Weisungen und Vorschriften der dortigen Bezirksanwaltschaft verletzt habe. («NZZ».)

Von all dem stimmt nachweislich nichts, aber das macht nichts, denn Regierungsrat W. hat trotzdem die Macht, während Bigna R. nur die Wahrheit auf ihrer Seite hat. Er hat gesetzlich auch das Recht, jemanden nicht anzustellen, «der Staat ist niemandem eine Stelle schuldig», sagt er.

Aber hat er als christlicher Regierungsmann auch ein Recht auf Irrführung der Öffentlichkeit? Denn Bigna Rambert hat in ihrem Gespräch mit Wiederkehr natürlich nie «zugegeben», dass sie «Weisungen und Vorschriften der Bezirksanwaltschaft verletzt habe». Sie kann das nicht «zugeben», weil sie es nicht gemacht hat. Sofort nach dem Gespräch mit W. hat sie ein Gedächtnisprotokoll angefertigt, das in allen Teilen logisch und plausibel ist und sich mit ihren früheren und späteren Erklärungen deckt.

Also unterstellt er oder verdreht er oder fabuliert er. Nichts Besonderes für einen Regierungsmann, denn ohne Tücken lässt sich keine Macht verwalten, aber etwas ungewöhnlich für einen Christen, dessen Partei das hohe C im Wappen führt. Christen sind religionshalber verpflichtet, es mit der Wahrheit genau zu nehmen. Das hat P. Wiederkehr in der Klosterschule Disentis beigebracht bekommen, droben in der Höhenluft bei den benediktinischen Mönchen, wo ich damals auch als Zögling eingewekelt war, er lag zwei oder drei Klassen ob mir, der Peter, und so liegt er heute noch. Und obwohl er dort jeden Tag mit Religion und Wahrheitsliebe imprägniert worden ist, werktag obligatorischer Messbesuch, sonntags immer gesungenes Hochamt und lateinische Vesper, DOMINE ED ADIUVANDUM ME FORTUNA, hat's bei ihm nicht ange schlagen, trotz gregorianischem Choralspringer er mit der Wahrheit um wie man mit den Galliern, von welchen Peter Vigil so ergreifend berichtete, sie seien ver säckelt worden.

Griechisch haben wir auch gelernt dort oben, Plato im Urtext, Sokrates als Vorbild. Hat dem Peter nicht gefruchtet, nach so vielen Jahren klassischer Bildung geht er hin und entstellt ganz rabiat die Tatsachen, denn Bigna Rambert hat sie im Beispiel die beiden Häftlinge, die sie in Winterthur betreute, mit Wissen der Bezirksanwaltschaft Winterthur besucht. Man kann nämlich nicht einfach dort in das Untersuchungsgefängnis hineinspazieren; ohne Wissen und Einverständnis von Bezirksanwalt Thomann und Gefängnisverwaltung (Herr Bühler) ist das nicht mög-

lich. Das kann der liebe Peter dem Brief von Rechtsanwalt Bernhard Gehrig entnehmen, der jetzt die Interessen von Bigna Rambert vertritt. «Die Gesundheitsdirektion», schreibt Gehrig, «hat diesen Vorwurf (= nicht autorisierter Gefängnisbesuch) leichtfertig erhoben. (...) Bigna Rambert verlangt eine Presseerklärung von seiten der Gesundheitsdirektion, welche diesen Vorwurf als unwahr zurücknimmt.» Aber unterstellen wir mal, wie Wiederkehr, dass Bigna R. wirklich einen Gefangenen ohne Erlaubnis besucht: dann hat sie höchstens, ganz im Sinn des Evangeliums – «ich war im Gefängnis, und ihr habt mich besucht» –, einen Exzess an Nächstenliebe begangen, wovon ein christlich aufgezogener Bursche wie der Wiederkehr begeistert sein müsste.

Auch das wurde ihm dort in der Klosterschule beigebracht, für die Katz. Man wird jetzt festhalten müssen, dass Wiederkehr in Sachen R. heidnisch-liebes handelte. Die Wahrheit hat er auch nicht gern, er verbreitet Hirngespinnste und schädigt öffentlich den Ruf einer jungen Therapeutin, die in ihrem Fach bisher nur die besten Zeugnisse bekommen hat, siehe Ansetz von Dr. Furger, Kantonspräsident Winterthur. Denn ein böses Hirngespinnst ist auch die Behauptung, resp. die Suggestion von Wiederkehr, Bigna habe ihrem Mann Klienten quasi zugehalten. Dazu Gehrig in seinem Brief an Wiederkehr: «Kein einziger der vorgenannten Untersuchungsgefangenen wurde vom Anwaltskollektiv verteidigt. Meine Mandantin hat auch mit einem anderen Patienten emp-



«Alle Jahre wieder reift in der Klosterschule Disentis eine Garbe junger Männer zur Ernte heran... Bald wird die Garbe in die Drescherei des Lebens eingeleiert.»

föhlen, sich vom Anwaltskollektiv verteidigt lassen.»

Wiederkehr war übrigens so frei, auf die gutdokumentierte Eingabe und die oben erwähnten Forderungen von Rechtsanwalt Gehrig (vom 28. Juli) bis heute nicht zu reagieren; am 22. August wurde ihm deshalb vom Advokaturbüro Rosenbusch, Gehrig, Heer ein Termin gesetzt: 10. September. Alle sind jetzt gespannt, was er bis dann zu verlaubaren haben wird. Auch seine Antwort auf die Interpellation Fänschilling, die nächsten im Kantonsrat eröffnen soll, könnte interessant werden. Allerdings wird er, bei den bekannten Machtverhältnissen im Parlament, weder Hirn noch Gewissen sehr anstrengen müssen, um sich aus der Affäre zu ziehen.

Diese Anstrengung hat er auch privat unterlassen, als ich am Sonntag, dem 3. September, mit ihm telefonierte, am Tag des Erdbebens von Zürich. Das Gespräch war ein Erlebnis, wenigstens für mich, ich verstehe selber, weshalb man Terrorist werden kann. Hatte ihn seit 18 Jahren nicht mehr gesehen und gehört, ausser mal am Fernsehen, wo er mit dem überhitzt freisinnigen Nationalrat Friedrich aus Winterthur, einem Unterstützer von Cincera, Duet gesungen hatte. Die beiden ergänzten sich wie Pfaff und Ministrant. (Es gibt nichts in der politischen Welt, was die Stille derer, was ein freisinniger Technokrat nicht auch hätte tun können. In der christlichen Partei ist er wohl deshalb, weil man als geborener Katholik dort am ringsten aufsteigt. Und dann die CVP-Basis in Dietikon, Vaters Baugeschäft und Häuserbesitz, das läuft wie geschmiert im konservativen Winkel. Wenn man dann noch Jus studiert hat, ist alles perfekt.)

Also der Ib. Peter am Draht, zuerst geschnitten mit seiner Politikerstimme, dann zunehmende Bewölkung, als die Fragen deutlicher werden. Alte Kameradlein oder Geschpänzl reden miteinander, der gleiche Stillebruch verläuft noch in den ersten Minuten, remember Disentis. Und dann sofort sporenklirrende Arroganz der Macht, der riesige Abstand zwischen uns, niemandem Rechenschaft schuldig, weiss schon, was ich zu tun habe, entscheide ganz allein, muss niemandem erklären, weshalb der Staat die oder jene nicht anstellen will (zuerst sagt er: warum ich die nicht anstellen will).

Erklärt und diskutiert wird nicht, denn man hat's nicht nötig (das geht auch aus Bignas Gesprächsprotokoll hervor), er wird von seinen Copains im Regierungsrat gedeckt, und weshalb sollte ein Direktor dem andern ins Ressort hineinreden? Und für die nächsten Wahlen, 1979, wird die Affäre Bigna R. einwägig keine Rolle spielen, er ist praktisch schon wiedergewählt. In der eigenen Partei (mit dem höhnischen C) riskiert er gar nix, den Apparat dominiert er zusammen mit seinem hochkapitalistischen Freund Eisenring, an dem auch das schärfste Auge keinen christlichen Faden mehr entdeckt, will sagen: keine Christlichkeit, die in Politik umgesetzt wäre. (Wie sagte mir der CVP-Nationalrat Conrad: «Unsere Delegiertenversammlungen sind in letzter Zeit karborettistische Einlagen, so Kongresse von Ja-Sagern...») Die Presse braucht er nicht zu fürchten, seine geschätzte «NZZ» hat einen ausführlichen Bericht gedruckt, ohne dass der Journalist Gf. mit Bigna Rambert auch nur ein Wort gesprochen hätte. Die Ärzteschaft des Kantons Zürich «macht mir keinen Eindruck, geh mir weg mit der Ärzteschaft, die sind falsch gewickelt und mischen sich überall hinein». Die Ärzteschaft ist ihm zu progressiv. Und als Resümee der knurrig abgebrochenen Unterhaltung: In seinem Departement habe er 7000 (siebentausend) Angestellte, was wiegt da ein einzelner Fall. Und übrigens, wenn ihm der Bezirksanwalt eine Version erzähle und nachher «Fräulein» Rambert eine andere, so glaube er automatisch dem Bezirksanwalt, das müsse dann nicht mehr nachgeprüft werden; und jetzt würde es also einen schönen Sonntagabend...

So hat er sich entwickelt, der rasante Peter. Gilgen ist schon fast ein Intellektueller, verglichen mit unserem Gesundheitsdirektor, Der Erziehungsdirektor ist ein paarmal taatsächlich worden und hat sich eine Art von Argumentation zuecht-



«Alle Jahre wieder reift in der Klosterschule Disentis eine Garbe junger Männer zur Ernte heran... Bald wird die Garbe in die Drescherei des Lebens eingeleiert.»

legen müssen; Wiederkehr noch nicht. Wiederkehr hat Ordnung im Laden und diesen flotten Zynismus à la Luchinger im Leib, der alle Debatten versacken lässt. Aus jedem seiner Worte tönt's heraus: Argumentieren bringt nichts, Macht muss man haben, aber du hast ja keine (du und «deinesgleichen», wie er sagt).

Er und einseeliglichen werden es vielleicht auch in unsern Gegenden noch so weit bringen, dass die anständigen Leute einmal explodieren oder etwas explodieren lassen, und eventuell nicht nur ihre Wu.

Verleumdungsbericht kostete Stelle

Die Polizei spitzelte

fh. Berufsverbot für einen 21jährigen Thuner Arbeiter: Weil er bei der Polizei als aktiver Linker registriert war, wurde ihm im Mai 1978 die vertraglich zugesicherte Stelle als Bademeister im Strandbad Oberhofen verweigert.

Die vorzeitige Kündigung flatterte ihm ins Haus, nachdem er bei einer Anti-AKW-Demonstration am 1. Mai verhaftet worden war. Die Polizei hatte beim künftigen Arbeitgeber das Berufsverbot für B. A. erwirkt. Nachtraglich (!) wurde von der Stadtpolizei durch ein Leumundsbericht verfasst, der folgende entscheidende Passagen enthielt: «Der Bewerber arbeitete vom (...) bis (...) bei der Baufirma H. AG (Thun) als Maurer. Ungenügende Leistungen und seine subversive Tätigkeit unter den Arbeitskollegen waren die Gründe, weshalb ihn der Firmeninhaber entliess. (...) Herr A. unterzeichnete zumindest in letzter Zeit Kampagnen, die sich gegen die Schaffung der Bundessicherheitspolizei richteten. Auch scheint er ein erklärter Gegner von Atomkraftwerken zu sein, und ein frappantes Beispiel seiner Gesinnung war ein Zwischenfall an der 1.-Mai-Feier in Thun. Er brachte nämlich einen symbolisch gebastelten Kühltopf zur Explosion, doch statt des gewünschten Erfolges erreichte er damit den Unwillen der meisten Feierteilnehmer, und es kam zu handgreiflichen Auseinandersetzungen, an denen er mitnahm, aus demselben dem Bewerber einen schlechten Leumund

Gericht schützt unwahre Behauptungen

Linke sind vogelfrei

Indem sie unwahre Behauptungen aufstellten, versuchten die FDP Zürich und die «Aktion Freiheit und Verantwortung» während der Cincera-Affäre den Journalisten Jürg Frischknecht zu verunglimpfen. In einem beispiellosen Verfahren hat das Bezirksgericht Zürich kürzlich die Klage Frischknechts abgewiesen.

Auf dem Höhepunkt der Cincera-Affäre, im November 1976, fanden es rechtsbürgerliche Kreise für nötig, auch die berufliche Aktivität von Jürg Frischknecht in die politische Affäre hineinzu ziehen: Die FDP Zürich behauptete in einem Communiqué: «Tatsache ist auch, dass Chef-Auswerter Jürg Frischknecht für die DDR-Zeitung «Wochenpost» und die kommunistische «Wiener Volksstimme» schreibt.» Die fernerbetreute «Aktion Freiheit und Verantwortung» schrieb in ganzseitigen Inseraten: «Der Untergrundarbeiter Frischknecht ist nicht nur Journalist der «National-Zeitung», sondern auch der DfZ. Unverfänglich ist und der kommunistischen «Wiener Volksstimme.»

Beide Zitate unterstellen eine regel mässige journalistische Mitarbeit bei diesen Blättern. Tatsache ist, dass in der «Wochenpost» ein einziger Artikel von Frischknecht erschienen ist, ein Versuch von Frischknechts hiesigen Publikationen über Karl Friedrich Grau. Der Artikel hätte ebensogut in einer Schweizer Zeitung erscheinen können.

Frischknecht entschloss sich, diese Verdrehungen gerichtlich richtigstellen zu lassen, da nach einhelliger Juristenmeinung Unwahrheiten auf jeden Fall persönlichkeitsverletzend seien.

Verdrehungen erlaubt

Doch die Sache entwickelte sich anders. Die 6. Abteilung des Bezirksgerichts Zürich sprach die FDP vor kurzem ab. Unverfänglich ist die Begründung des Gerichts: Wörtlich: «Für einen politischen links stehenden Journalisten, der in schweizerischen Zeitungen die Zustände des Pressewesens in der DDR als vorbildlich hinstellt und der einen solchen dem Ansehen der Schweiz und ihrer Behörden öffentlich abträglichen Artikel in einer DDR-Zeitung mit seinem vollen Namen und unter Angabe seines Wohnortes Zürich erscheinen oder übernehmen lässt, bedeutet es nach Auffassung des Gerichts keine Verletzung in den persönlichen Verhältnissen, wenn ihm vorgeworfen wird, er schreibe in kommunistischen Zeitungen in der DDR und in Österreich.»

«Links-Journalist» ...

Und das Gericht erwidert Zensuren: «Der Kläger ist ein anfechtiger politisch links engagierter Journalist. Dies ergibt sich mit aller Deutlichkeit aus den von ihm verfassten nachgenannten Zeitungsartikeln.» Bemerkenswert ist, was das Gericht zu diesem Schluss kommt. Von den 7 angeführten Artikeln sind 2 identisch. Bleiben also 6. Davon ist ein einziger eine «A-Z»-Glosse, die Meinungsäußerungen enthält. Die restlichen 5 sind normale Berichterstattungen oder Beispiele aus dem Recherchier-Journalismus schreiben, sind Linke.

... und DDR-Sympathisant

«Dass der Kläger ausgeprägte Sympathien für die DDR und allgemein für die kommunistischen Oststaaten hegt, geht aus seinen Zeitungsberichten, in denen er die kapitalistischen Staaten des Westens den sozialistischen Ländern gegenüberstellt, zur Genüge hervor.» Als

Beweis führt das Gericht zwei Artikel an, die für die gewiss nicht DDR-freundliche «NZZ» entstanden sind. Logik: Ein Journalist, der über bestimmte Aspekte in den Oststaaten informiert statt Verweise liefert, ist ein DDR-Sympathisant. Und weiter: Der Grau-Artikel in der «Wochenpost» ist nach richterlicher Meinung «dem Ansehen der Schweiz und ihrer Behörden öffentlich abträglich». Das schlägt dem Fass den Boden aus. Ein Gericht, das solch haarsträubende Zensuren verteilt, wünscht offenbar Artikel, die dem Ansehen der Schweiz und ihrer Behörden zuträglich sind.

Mit diesem und einer Reihe weiterer Urteile hat die 6. Abteilung die bisherige Rechtspraxis modifiziert, wie selbst die «NZZ» am 7. 7. 78 in einer beinahe ganzseitigen Darstellung herausarbeitete. Nun gebe es neu auch die Kategorie der «tolerierten Ungenauigkeiten», nämlich Unwahrheiten, «die die Persönlichkeit nicht verletzen und deshalb veröffentlicht werden können, ohne dass dem Betroffenen ein persönliches Rechtlicher Anspruch auf Berichtigung zustünde». Nach dem Referieren der verschiedenen Urteile holt die «NZZ» zu einer klaren Kritik aus: «Zieht man das Interesse der Öffentlichkeit an einer korrekten politischen Meinungsbildung in Betracht, so melden sich indessen auch gewisse Bedenken gegen die neue Kategorie von tolerierten Ungenauigkeiten, deren Berichtigung rechtlich nicht erzwungen werden kann.»

Wenn das Urteil so stehen bleibt, ergibt sich eine beträchtliche Rechtsunsicherheit. Wer wird künftig wagen, auch noch so krasse Unwahrheiten einzuklagen, wenn er damit rechnen muss, vom Gericht als nicht verletzungsfähig, als vogelfrei erklärt zu werden? Während die Frage von wahr oder unwahr auf einer Fakten-Ebene einermässigen objektiv abzuklären ist, liegt die Frage der Verletzungsfähigkeit in einem der Willkür ausgesetzten Ermessungsspielraum.

(gekürzt aus: SJU-News)



Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke VSE hat wieder einmal zu einem «Energie-seminar für Kontaktpersonen» eingeladen. Unter dem Motto «Wir sind alle Öffentlichkeitsarbeiter für die Elektrizitätswirtschaft» wurden auch interessierte aussenstehende Personen (z. B. Lehrer) berücksichtigt. Ziel der Veranstaltung war es, die Interessen der Energieabnehmer zu argumentieren (pro AKW). Um im «politischen Stadium» der Energieabgabe bestehen zu können, über sich die AKW-Befürworter jetzt auch in (gezielt eingesetzter) Emotionalität: «Wirksam reden setzt voraus, dass Sie beim öffentlichen Auftritt selbst engagiert und menschlich gegenüber der solang man's nur wirken und nicht sein muss...»

Im Rahmen ihrer «Seid-emotional-zueinander»-Kampagne versucht der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke VSE «Zonen gemeinsamer Interessen auszumachen. Zum Beispiel das Interesse an einem demokratischen Dialog», wobei selbstverständlich eine «Arbeits- und Kompetenzverteilung» zwischen Regierung und Volk verwahrt werden soll. Ansonsten sei das Volk überfordert – aber nicht etwa durch die AKW selber, nein, nein, nur durch die ewigen Diskussionen darüber.

Überhaupt, stellt der VSE fest, ist die «Umweltverschmutzung» durch die Konfrontation von Polizei und AKW-Gegnern viel «schlimmerer Art» als das, was den Kernkraftwerken angelastet wird. Bis jetzt hiess es aber immer, die verwendeten Trainingsseien absolut harmlos?

Der Schah von Persien hat sich was Hübsches einfallen lassen, um den geschickten Ruf seines Regimes in der Welt etwas aufzumöbeln: er spendet 7 Mio. \$ für das «Jahr des Kindes» (1979). Und das Geld, so verläutet aus Iran, werde dem Müllabtrag entgegen. Dieses liegt allerdings 1978 in der Höhe von 20 Milliarden Fr. (25% höher als 1977) und dürfte 1979 kaum um abgesetzt werden. Seine noble Geste soll davon ablenken, dass der Schah seine Macht mit Waffen volllaufen lässt: pro Kopf der Bevölkerung mit 300 \$ – Kinderkappe einbrechennet.

Seit 25 Jahren beglückt Ernst Herzog, Redaktor des «Schweizer Soldaten», die Menschheit mit mehr oder weniger tiefgründigen Gedanken zum bevorstehenden militärischen Angriff aus dem Osten. Was viele seiner Leser noch nicht wissen: Unter dem Namen Ernie Herington schreibt er Indianerbücher. Rote gibt es überall zu bekämpfen.

Prestigemedizin auf Kosten des Gesundheitswesens

Wir bezahlen den Tribut

Von Lausanner Medizinstudenten (übersetzt von Norbert Furrer)

Mit welcher Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich ein Absolvent des siebenjährigen Medizinstudiums auseinandersetzen? Wie stellt er eine Verbindung zwischen seinem Studium, das ihm haufenweise Detailkenntnisse vermittelt, aber keinen Zugang zur späteren Praxis verschafft hat, und dem beginnenden Berufsleben her? Mit diesen Fragen setzt sich eine Gruppe von Lausanner Medizinstudenten auseinander, die bei der diesjährigen Diplomverteilung ihre Erfahrungen im Medizinstudium interpretieren und Schlüsse bezüglich Arbeitsmarkt und Misere im Gesundheitswesen zogen. «das konzept» entnimmt der Ansprache der Lausanner Studenten zentrale Probleme und Forderungen.

Es scheint uns nützlich, zu einer Zeit, wo die Frage des *Nexus clausus* heutzutage die Medizinistudiums zu erinnern: Es ist ein Gemeinplatz, dass der grösste Prozentsatz von Studenten aus wohlhabenden Kreisen stammt. Die goldenen Jahre der Demokratisierung des Studiums, die den

erscheint uns die Tatsache, dass selten einer unter uns fähig ist, heutzutage die Verantwortung einer unabhängigen Berufsausübung auf sich zu nehmen.

Nur einige wenige Professoren kümmern sich tatsächlich um unsere Ausbildung. Wie könnte dem auch anders sein, da allem Anschein nach pädagogischer Sinn kein Kriterium für ihre Nominierung bildet, wenn das Verlangen oder die Lust zu unterrichten nicht zu ihren hauptsächlichen Motivationen zählt? Wie oft haben wir schlecht gegliederten, verschwommenen Vorlesungen beizuhören müssen? Wie oft hat mangels Organisation jeder neue Studienjahrgang die gleiche, nicht im geringsten veränderte Vorlesung ertragen müssen? Wie oft hatten wir den Eindruck, dass man uns zum Narren hielt?

Für die Trägheit von uns Studenten könnte man die zunehmende Verschulung verantwortlich machen: ein Bildungssystem, das durch nichts das Ergreifen von Initiativen, den Sinn für Verantwortung, die Selbständigkeit dieser begünstigt, die ihm unterworfen sind.

Prüfungen als Selbstzweck

Was die Prüfungen betrifft, so ist zu sagen, dass sie während des gesamten Studiums aufgrund ihrer ausschliesslichen Selektionsfunktionen zum Selbstzweck ohne grossen didaktischen Wert geworden sind. Sie testen grösstenteils das Auswendiglernen und vernachlässigen die Beurteilung der Fachkunde. Das Schlussexamen seinerseits scheint uns als primärer «Kämpfer» der akzeptiert, vollständig unnütze Begriffe zu lernen, um sich Forderungen anzupassen, die oft an der Grenze zum Pathologischen liegen. Während der Prüfungen – wie übrigens in den sieben Jahren unseres Studiums – machen sich Bufeile, kurzfristiges Gedächtnis, Mangel an kritischem Geist bezahlt. Aus uns wird ein Trupp gut abgerichteter Affen gemacht, geeignet, eine technokratische und entmenslichte Medizin zu reproduzieren und in Gang zu halten.



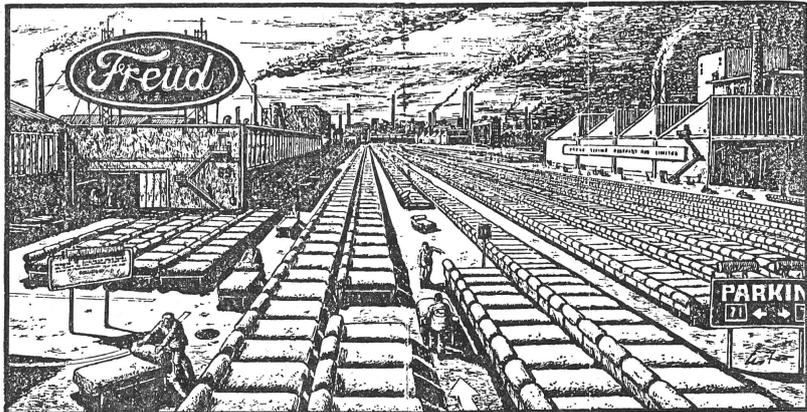
Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

mittleren Schichten die Pforten der Universität halbwegs geöffnet hatten, sind wohl vorbei. Seit die Arbeiter und später die Akademiker von Arbeitslosigkeit bedroht sind, wird auf eine Selektion hingesteuert, die weit davon entfernt ist, sich ausschliesslich auf die Fähigkeiten der Studenten zu stützen. Sie basiert vielmehr auf Stipendienbeschränkung, Erhöhung des Schuldrucks, das heisst Verminderung von Verdienstmöglichkeiten während des Studiums und seit kurzem auf der Wiedereinführung von unbezahlter Freiwilligenarbeit in den Spitalen.

Kompromiss im Studium

Die Universität oder zumindest die Medizinische Fakultät von heute stellt sich vor eine zweifelhafte Aufgabe: Einerseits soll die Universität eine *Summe von universellen Kenntnissen* vermitteln, und andererseits – ohne die Unterrichtsform, die diese Aufgabe impliziert, aufzugeben – gibt sich die Universität die Zielsetzung einer *Berufsbildung*, das heisst der Vorbereitung auf eine in ein mehr oder weniger planvolles Gesundheitswesen integrierte Praxis.

Das Resultat dieser Mischung ist nicht sehr vielversprechend. So verlor sich der Unterricht, den wir im Verlauf unseres Studiums erhielten, zu sehr in Details, eher in quantitativer denn in qualitativer Hinsicht. Wir mussten eine Menge von Kenntnissen anhäufen, bis zu den seltensten Krankheitsbildern, ohne die Pragmatik der wesentlichsten Erkrankungen und Notfälle, die wir uns hätten aneignen können und müssen, wirklich zu integrieren. *Als einfacher Beleg dafür*



Zum zweitenmal in der Gegenwartsgeschichte der schweizerischen Medizin ist der Arbeitsmarkt gefährdet, nicht nur bei der Ausbildung, sondern auch bei der täglichen Praxis. Selbst wenn die Möglichkeiten einer Neuverteilung des Gebiets bestehen, handeln die eingesessenen praktischen Ärzte die Etablierung eines Neuankommings unter sich aus.

Wir bezahlen den Tribut einer Medizin der Verschwendung, einer Hochleistungs- und Prestigemedizin mit – manchmal bedeutenden – wirtschaftlichen Katastrophen. Und dies auf Kosten einer Regionalisierung des Gesundheitswesens, wie die Entwicklung von Quartier-Polikliniken es sein könnte.

Wenn die kantonalen Ärzteverbände und die etablierten Ärzte sich bemühen, Lösungen zu finden und gar darauf einzugehen, sich an der Finanzierung neuer Arbeitsplätze zu beteiligen, so geschieht dies vielleicht weniger aus Korporatismus als vielmehr mit dem Ziel, zu verhindern, dass die Arbeitslosigkeit den Berufsstand trifft. Das Image der Medizin wäre in seinem Innersten getroffen: dem Privileg. Wie könnten sonst die Praktiker Missstände rechtfertigen, wie: Wartezeiten in überfüllten Praxen? Blitzkonsultationen, die mehr mit «blinder Kuh» zu tun haben als mit ärztlicher Praxis? Die Unmöglichkeit, Hausbesuche zu machen? Die oft exorbitanten Einkommen?

Indem wir die Arbeitslosigkeit ablehnen, die Pseudolösungen der Ärzteschaften ablehnen, das Volontariat ablehnen – sowohl das offizielle, der Sechszigstundenwoche in den Spitalern als auch das wiedergeborene offizielle; indem wir die gewollt *zweideutige Rolle des Staats* ablehnen, der implizit eine industrielle Medizin unterstützt (nebenbei gesagt: Wie kann man ein guter Arzt sein mit einer Spitalpraxis von sechzig Stunden pro Woche und einer privaten Praxis von sechzig Fällen pro Tag?); indem wir die Rolle eines Staats ablehnen, der – als Begleiterscheinung – die sozialen Errungenschaften abbaut, wollen wir die *Debatte an die Öffentlichkeit* bringen.

Giovanni Jervis, Kritisches Handbuch der Psychiatrie, Syndikat-Verlag, 1978, 39.40 Fr.

Mit seinem voluminösen Werk legt der italienische Psychiater Giovanni Jervis das vielleicht umfassendste und ausgefeilteste Zeugnis jener Bewegung vor, die seit den 60er Jahren unter dem Namen «Antipsychiatrie» mit neuen und alternativen Formen psychiatrischer Praxis experimentiert und die versteinerten Strukturen der traditionellen Psychiatrie in gezielter Weise angreift.

Das Buch entstand aus Aufzeichnungen von Vorlesungen, die Jervis als Leiter des Psychiatrischen Dienstes der Provinz Reggio Emilia für dessen Personal hielt. Durch einen betont «unwissenschaftlichen» Gesprächsstil setzt Jervis einen bewussten Kontrapunkt zu jener traditionellen psychiatrischen Literatur, die in ihrer abgehobenen Fachspezifik das Monopol von Intellektuellen, Ärzten und Psychiatern auf dem Gebiet der Psychiatrie nur noch zementieren konnte.

Um die in jeder psychiatrischen Institution bestehende Machtpyramide freizulegen, um die Psychiatrie so darzustellen, wie sie wirklich ist, gilt es, sie von einem Arsenal von verworrenen und verwirrenden, teilweise unnützen Begriffen zu reinigen, sie auf klar einsehbare psychologische, soziologische und politische Kenntnisse zurückzuführen bzw. zurückzusetzen. Gerade in der Psychiatrie existiert in besonderem Mass die Gefahr, dass der Gebrauch eines technizistischen Fachjargons konkrete Verhältnisse mystifizieren kann und gerade dadurch jene Machtpyramide, an deren Basis sich letztlich immer die psychiatrischen Patienten befinden, aufrechterhält.

Aus diesem Grunde konnte und wollte Jervis – wenn es auch im Titel trotzdem noch anklingen mag – kein weiteres «kritisches Fachbuch» für spezialisierte Techniker der Psychiatrie schreiben, dies

erachtet er geradezu als einen politischen Fehler. Das Buch von Jervis ist von einer bestehenden sprachlichen Klarheit, Theoretisch wie praktisch soll es den Fetisch einer besonderen, der gesellschaftlichen Arbeitsteilung erwachsenen Institution entzaubern, einer Institution, die hinter ihren Technizismen und schematischen Klassifizierungen verschiedenster psychiatrischer Krankheitsbilder konkrete menschliche Probleme des Alltagslebens verdeckt. Denn diese sind – so Jervis – in ihrem innersten Kern immer auch politische Probleme. «Depsychoisierung» der Psychiatrie geht also einher mit deren Politisierung, aber nicht in dem Sinne, dass die Tragik der Leidenssituation psychiatrischer Patienten nun mechanisch in politische Kategorien zurückübersetzt würde, sondern vielmehr darin, dass eine beschränkte Sichtweise psychiatrischer Probleme einem Verständnis Platz macht, dass die Realität der Psychiatrie aus der gesamtgesellschaftlichen Verfassung ableiten kann. Dass dabei die Notwendigkeit spezifischer Kenntnisse, (Behandlungs-)Techniken und Organisationsformen in der Psychiatrie nicht verkannt werden darf, bleibt für Jervis eine Selbstverständlichkeit.

In einem erweiterten Verständnis heisst Psychiatrie für Jervis, «dafür zu kämpfen, dass allen das Recht, über sich selbst zu verfügen, zurückgegeben wird, dass sie nicht unterdrückt und getuschelt werden – auch im Namen der Psychiatrie.» Wenn der französische Philosoph Michel Foucault die Sprache der Psychiatrie einmal als ein Monolog der Vernunft über den Wahnsinn bezeichnete, wobei sie sich nur auf dessen Schweigen nahe errichten können, so reicht sich das Buch von Jervis letztlich in die Bemühungen ein, diesem Schweigen zur Sprache zu verhelfen.

Robert Heim
(von der Red. gekürzter Text)

Von der Kritik der Psychiatrie zur kritischen Psychiatrie

EIDG. Atom Schutz INITIATIVE JA

Was unterscheidet die eidg. Atomschutz-Initiative vom revidierten Atomgesetz?

Die eidg. Atomschutz-Initiative fordert:

- Alle Atomanlagen müssen den gleichen strengen Vorschriften genügen. Dies gilt sowohl für die bestehenden Werke in Bznau und Mühleberg, für die demnächst betriebsbereiten Grossanlagen Gogen und Leibstadt, wie auch für die geplanten A-Werke Graben, Verbois und Kaiseraugst.
- Atomanlagen dürfen nur gebaut werden, wenn der absolute Vorrang der Sicherheit von Mensch und Umwelt gewährleistet ist.
- Die Konzession darf erst erteilt werden, wenn ein Entsorgungsprojekt vorliegt, das die sichere Verwertung des Atomabfalls garantiert.
- Die Betreiber von Atomanlagen haben für allfällige Folgen unbeschränkt zu haften.
- Die Bevölkerung soll selber bestimmen, ob sie mit Atomanlagen leben will oder nicht.

Bestellung von Werbematerial (Kleber usw.): Atomschutzinitiative, Postfach 725, 4002 Basel

Sie suchen in Zürich

möbl. Zimmer oder möbl. Wohnung?

Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!

davo Verwaltungs AG, 8039 Zürich
Tödistr. 46, Tel. 202 73 11

Erfahrene Korrektorin/Sekretärin redigiert, korrigiert und stellt Feinschriften und druckfertige Offsetvorlagen her (IBM-Kugelschreiber)

Dissertationen, Publikationen, Manuskripten usw.

Mehrjährige Erfahrung mit wissenschaftlichen Texten, exaktes Arbeiten: sorgfältige, vorchriftsgemässe Ausführung. Liselotte Wildi, Tel. (01) 825 02 65.

HERBST-HITS

Natascha 790.-
Mini-Ferien mit interessantem Reiseprogramm: Moskau-Leningrad, 8 Tage
Moskau: 1.-3. Tag, Besichtigung des Kremles und Leninmausoleums, Museumbesuch, Stadtrundfahrt
Leningrad: 4.-8. Tag, Stadtrundfahrt, Besuch der Peter und Paul-Festung und der berühmten Gemäldegalerie "Ermitage". Reisedatum: 8.-15. Oktober
Inbegriffen: Flüge und Bahnfahrten, Vollpension, Besichtigung, Ausflüge, Visum, Taxen, Reiseleitung

Osteuropäische Königsstädte 1215.-
Eine einzigartige Osteuropa-Reise: Prag-Krakau-Warschau-Leningrad-Moskau
Besichtigung alter Königsschlösser, Stadtrundfahrten, Theater- und Museumbesuche, Ausflüge
Reisedatum: 1.-15. Oktober. Inbegriffen: Flüge, Zugfahrten, Halbpension in der CSSR, Vollpension in der UdSSR, Besichtigungen und Ausflüge, Visum, Taxen, lokale und SSR-Reiseleitung

SSR-Reisen
Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Chur, Luzern und Solothurn
Telefonverkauf: 01/242 31 31

anders als anders
Reisen für junge Leute.

COPY COPY

QUICK QUICK

3M-KOPIEN Rp. 15
XEROX-KOPIEN Rp. 20
Normalpapier
Studenten 10%
Dissertationen

Waisenhausstr. 13 211 66 36
Kreuzstrasse 19 34 39 39
Zweierstrasse 129 35 38 88

Zum Biologismus als ideologische Waffe des Patriarchats

Frauen sind anders, Männer sind

Von Ursula Streckeisen, FBB Bern

«Wissenschaft im Dienste des Volkes!» war in den späten 60er Jahren an den Mauern der Universitäten zu lesen. Entsprechend könnte Frau heute fordern: «Wissenschaft im Dienste der Frauen!» Schön tödlich: Doch wodurch zeichnet sich ein feministischer Ansatz methodisch und inhaltlich aus? Diese Frage beschäftigt über 80 Frauen aus der ganzen Deutschschweiz im letzten Juni an der Arbeitstagung «Frau und Wissenschaft», die von der Theoriegruppe der FBB Bern organisiert wor-

den war. Ursula Streckeisen, selbst Mitglied der Initiationsgruppe, hat an der Tagung teilgenommen und führt hier mit einem eigenständigen Beitrag die Diskussion weiter. Ihre genauen, aber anspruchsvollen Gedanken zum alten und neuen Reden von «Wesen der Frau» verlangen beim Lesen einiges an Aufmerksamkeit, sind aber wichtige Ansätze für eine Alternative zur Generalklausel «Frauen sind anders».

Die Redaktion

Heute wird öfter von «Frauenthemen», «Frauenprojekten», von Untersuchungen zur «Situation und Lage der Frau» gesprochen. Die Möglichkeiten, solche Anliegen zu verwirklichen, sind in der Schweiz noch gering. Herrschende wissenschaftliche Ansätze werden dadurch kaum in Frage gestellt. Wenn – meist feministisch engagierte – Frauen unter diesen Bedingungen die Initiative zu Frauenprojekten ergreifen, wollen sie damit ihre Unterdrückung, d. h. die Unterdrückung von uns Frauen, analytisch und empirisch zugleich erfassen, um die Bedingung ihrer Aufhebung zu erforschen. «Frauenwissenschaft» soll so verstanden zu emanzipatorischer Forschung werden, welche das Patriarchat unter der Perspektive seiner Abschaffung zu erkennen sucht.

den Vereinnahmungsversuchen der Neuen Linken gegenwärtig die grösste Gefahr für den Feminismus dar. Welchen Inhalts ist diese Ideologie? Eine treffende Zusammenfassung hat vor wenigen Jahren eine französische Ethnologin, die den feministischen Kampf im Bereich der Kopfarbeit führt, gegeben: «Au fond, pourrions-nous dire, l'homme est biologiquement culturel. La femme au contraire serait biologiquement naturelle.» (Im Grunde genommen könnte man sagen: der Mann ist biologisch gesehen kulturell. Die Frau wäre hingegen biologisch natürlich.) Ähnlich

Opfer solcher Manöver sind nicht irgendwelche, sondern unterdrückte Gruppen, deren soziale Lage man auf diese Art zu verewigen versucht. Schwarze z. B. haben den Rhythmus im Blut, ausserdem sind sie faul. Die Frau ist zum Kindergebären gemacht, gleichzeitig ist sie Advokat der Gefühlswelt. Zurückgeführt werden solche Qualitäten auf den kleinen Unterschied, sei es die Hautfarbe oder die Genitalien. (Leider legt sogar der Bestseller-Titel «Der kleine Unterschied und seine grossen Folgen» diesen Trugschluss nahe.) Wenn der Mutterinstinkt als Eigen-

ist auch hier grösste Vorsicht angezeigt. Die Subjektivität der Frauen ist die Subjektivität von Unterdrückten. Sie aufzuwerten – bei gleichbleibenden objektiven Verhältnissen – heisst, dass der patriarchalische Käfig golden ange malt wird. Eigenschaften, die wir in jahrtausendlangender Unterdrückung entwickelt haben, sind von dieser Geschichte geprägt, auf der Grundlage des Patriarchats entstanden und dürfen nicht mit Eigenschaften freier Menschen verwechselt werden.

Bei Männern muss die Entwicklung respektive die Ent-Verdrängung entsprechender Fähigkeiten anders verlaufen, ja müssen diese Fähigkeiten selbst andere Charakteristiken aufweisen; stehen doch Männer in einer völlig anderen Ausgangslage, nämlich der: Agenten der Herrschaft (des Patriarchats) zu sein (von kapitalistischen Klassenverhältnissen wird hier bewusst, wenn auch gewalttätig abgesehen).

Uns Frauen geht es darum, vom Anderssein loszukommen und zum Neutrauen, Allgemeinen Zugang zu haben, das bisher von den Männern monopolisiert worden ist (Mann = Mensch). Dabei entbehrt die Angst, gleich wie die heutigen Männer zu werden, jeder Berechtigung: Gleichsein wie der Unterdrückte ist ein Widerspruch in sich, denn Gleichheit schliesst Unterdrückung aus. Frauen und Männer, Schwarze und Weisse, Homosexuelle und Heterosexuelle sollten einander einst als Individualitäten mit einer je eigenen Geschichte begegnen können.

Von der Gebärfähigkeit zum Gebären

Die uns Frauen zugeschriebenen Eigenschaften werden auf unsere primäre Funktion in dieser Gesellschaft (Mutterchaft) zurückgeführt und diese auf unsere Biologie, d. h. auf die Fähigkeit, Kinder auszutragen und zu gebären. Dass Schwangerschaft und Geburt sowie die damit zusammenhängenden Tätigkeiten (Besuche von Kursen usw.) in jeder, also auch unserer Gesellschaft eine soziale Betätigung darstellt, wird ignoriert resp. verkannt und dafür als notwendige Folge unserer Biologie angesehen.

Dahinter versteckt sich der Widerstand oder die Unfähigkeit, die soziologische Bedeutung des Schwangerschaftsabbruchs zu erkennen. Tatsächlich bringt die Existenz der Abtreibung den gesellschaftlichen Charakter der ausgetragenen Schwangerschaft und der Geburt zum Ausdruck: Es genügt nicht, schwanger zu sein, um Mutter zu werden. Eine schwangere Frau treibt entweder ab oder trägt die Schwangerschaft aus und gebärt: Die Reproduktion der Gattung Mensch ist etwas Soziales. Regulierung der Demographie hat es in allen Gesellschaften gegeben. Die Nicht-Anerkennung der soziologischen Relevanz der Verhinderung von Schwangerschaft und Geburt (Verhütung, Abtreibung) kommt einer Ignorierung der Realität gleich und erschwert es, die Kehre (Mutterchaft) als gesellschaftliche Erscheinung zu begreifen, anstatt sie einem angeborenen Instinkt zuzuschreiben.

Vom Gebären zur Gratisarbeit

Genau in diesem Kontext sind die Hauptaktivitäten der neuen Frauenbewegung zu sehen: Der Kampf für die Freigabe der Abtreibung sowie der Kampf für einen wirksamen Schutz der Mutterchaft erweisen sich als zwei Seiten ein und desselben Bemühens: Anerkennung des Kinderhabens als sozialer Aufgabe und entsprechende gesellschaftliche Organisation. (Vgl. «Abtreibung verbietet ist nicht schwer, Mutter sein dagegen sehr» in «das Konzept» 10/77.) Doch schliesst sich sofort Erziehung und Hausarbeit an. Heute folgt auf die Geburt eines Kindes automatisch die Integration der Mutter in bestimmte, innerfamiliäre Arbeitsverhältnisse, die oben mit Gratisarbeit umschrieben worden sind. Wenn Schwangerschaft und Geburt biologische Sache der Frauen bleiben wird, so verhält es sich mit Erziehung und Hausarbeit anders. Dass ausschliesslich Frauen diese Art von Arbeit verrichten, ist gesellschaftliche Willkür – genauso wie deren Verlängerung im Beschäftigungssystem («weibliche» Berufe). Und dass solche Arbeit unter Produktionsverhältnissen stattfindet, die mit der Plantagenklaverei zu vergleichen sind, ist nicht minder gesellschaftliches, historisches Produkt. Dank der «Lohn für Hausarbeit»-Kampagne von Teilen der neuen Frauenbewegung ist diese Erkenntnis langsam ins öffentliche Bewusstsein eingedrungen.

Frauen lediglich «spezifischer Aspekt»?

Die Arbeit der neuen Frauenbewegung hat dazu geführt, dass Feministinnen, die im Wissenschaftsbetrieb tätig sind, eine entscheidende Lücke insbesondere in den Gesellschaftswissenschaften entdeckt haben: Es gibt keine soziologische Definition der Geschlechter. Mit der Einführung und zeitlichen Ausdehnung der institutionalisierten Ausbildung ist eine neue soziale Gruppe (die «Jugend») entstanden; sie befindet sich in Ausbildung und – im Vergleich zu vorher – während langer Zeit in ökonomischer Abhängigkeit von der Frauensektion. Es entwickelte sich die Jugendsoziologie, welche die Jugend weniger durch biologische als durch soziologische Merkmale definiert. Ähnliches lässt sich von der Gruppe der alten Personen sagen: das «troisième âge» kennzeichnet sich nicht durch die Anzahl verbrachter



Frauen gehen auf die Strasse

Über die nationale Demonstration, dieses Jahr in Freiburg, zum internationalen Tag der Frau vom 8. März ist ein Text- und Photobuch erschienen, in dem die gestellten Forderungen in Deutsch und Französisch zusammengefasst sind und auf die Schwierigkeiten von engagierter Frauenarbeit zum Beispiel im Kanton Freiburg hingewiesen wird. Der Band «Frauen gehen auf die Strasse» ist nicht nur ein Erinnerungsbuch für die Frauen, die an der Demo teilgenommen haben, sondern gibt einen Eindruck vom heutigen Stand der Frauenbewegung in der Schweiz und beweist, vor allem vom Bildmaterial her, dass Frauen gemeinsam stark sein können. In das Buch aufgenommen wurde auch die mehr als peinliche Buss- und Sühneaktion einiger verargerter Freiburger Bürger und Bürgerinnen, die eine Woche nach der Manifestation zur Bürglen-Kapelle pilgernten, um gegen das Sittenverderbnis von Frauen, die in der Öffentlichkeit «freie Liebe, perversen Geschlechtsverkehr und Abtreibung» propagiert hatten, zu protestieren. «Frauen gehen auf die Strasse» ist beim Lulu-Verlag, Rue du Tilleul 16, 1700 Freiburg, oder in den linken Buchhandlungen für 10 Fr. zu beziehen.

Frauenprojekte

Mit Berichten über Frauenprojekte ist Nr. 12 der «Frauzeitig» hauptsächlich gefüllt: Hexenbeizen, -buhladen, -kunst... Frauenfragen, Züglfrauen und viele andere berichten über ihre neuartige Arbeit. Daneben gibt's Kurzstoffe, Informationen über die Beratungsstelle für Emigrantinnen und den Start des Projekts «Frauenhaus» und Kontaktadressen der FBB.

Erhältlich für 3 Franken in den Frauenbüchlein in Zürich (Stockerstr. 4) bzw. Bern oder am besten gleich für 12 Franken im Jahresabonnement bei: «Frauzeitig», Postfach 648, 8045 Zürich.

3. Alternativkatalog

Herausgegeben von der Dezentrale ist der dritte Alternativkatalog erschienen. Auf rund 280 A-4-Seiten enthält er wie die beiden ersten Bände viele Überlegungen, Adressen, Anleitungen und Hinweise zu den Themen Freiheit (Was ist Freiheit? Gewaltfreiheit, Anarchismus, Hindernisse der Freiheit wie Staat, Religion, unterdrückte Sexualität, Rollenzwang), Wirtschaft und Organisation, andere Kulturen und Entwicklungsländer und Ergänzungen zu Band 1 und 2. Bestellung durch Vorauszahlung auf Postcheckkonto 82-829 (Schaffhausen, Dezentrale Porrentruy), Preis 25 Franken (Band 3), 27 (Band 2), 12 (Band 1).

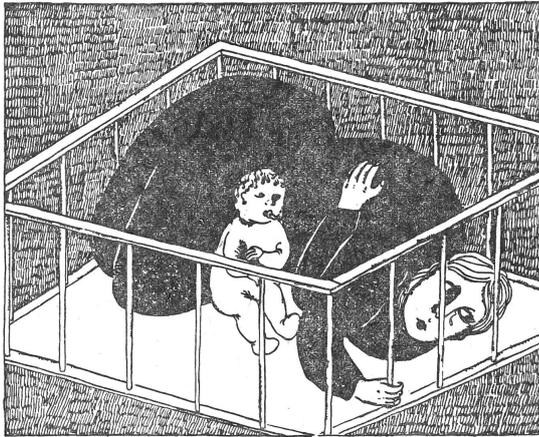
Lebensjahre, sondern durch das Ausgeschleichen aus dem Erwerbsleben.

Und wie steht es mit den Geschlechtern? Zwar beschäftigt sich die Familiensoziologie mit Problemen, bei denen sich die Geschlechter häufig als soziologische Kategorie herauskristalisieren. Doch ist das Dualsystem Frau/Mann nicht nur in der Familie anzutreffen. Allgemein analytische oder deskriptive Schriften übergehen die Existenz der zwei Geschlechter; im besten Fall wird am Rande erwähnt, dass das ist Frauen und die Problem für eine Geschlechterkategorie (nämlich die Frauen) noch spezifiziert werden müsste, etwa: «Es wäre interessant, auch den frauenspezifischen Aspekt einzubeziehen...» Spezifisch im Gegensatz zum Allgemeinen...

Demgegenüber gibt es kaum eine empirische Studie, in der das Geschlecht nicht als Variable vorkommt. Vermutlich basiert der Einbezug dieser Variablen auf einer intuitiven Wahrnehmung dessen, dass Frauen gemeinsame soziologische Merkmale aufweisen.

Ganz entschieden weist hingegen die neue Frauenbewegung die «ungemischten» – darauf hin, dass Frauen eine soziale Gruppe mit vielen Gemeinsamkeiten sind. Im physischen Ausschluss der Männer ist eine Antwort darauf zu sehen, dass aus der Biologie ein Kriterium der Unterdrückung gemacht worden ist – obwohl kein kausaler Zusammenhang zwischen den beiden besteht.

Die gemeinsame soziale Situation der Frauen muss konzeptualisiert werden – womit wir wieder bei der schaffenden feministischen Wissenschaft wären. Es steht uns ein ähnlicher Schritt bevor wie derjenige vom utopischen zum wissenschaftlichen Sozialismus. Wenn der Feminismus als gesellschaftliche Bewegung die Veränderung der sozialen Verhältnisse bewerkstelligen soll, brauchen wir auch die entsprechende Theorie. – Es eilt. Nicht von ungefähr soll an der nächsten Arbeitstagung «Frauen und Wissenschaft» in Basel (Januar 79) diese Problematik im Zentrum stehen.



aus «opere non fiori», Milano 1973

Die «Natur der Frau»

Das Ausgehen von der Frauenunterdrückung impliziert eine Kritik des Biologismus, der als herrschende Ideologie gegen die emanzipatorischen Bestrebungen der Frauen eingesetzt wird. Es geht um Aussagen über das «Wesen der Frau». Wie effizient davon Gebrauch gemacht wird, zeigt z. B. die Tatsache, dass Filme, in denen die neue (eben biologische) Weiblichkeit propagiert wird, als feministisch verkauft werden (welche progressive Person in Zürich, Bern oder Basel hat schon «L'une chante, l'autre pas» nicht gesehen?)

Zwar gehen die Anfänge des Biologismus, von dem hier gesprochen wird, bis ins 18. Jahrhundert zurück. Doch ist dem Wiederaufschwung der Frauen-

hat Simone de Beauvoir 1949 das herrschende Weiblichkeitsprinzip mit «immanence», dasjenige der Männlichkeit mit «transcendance» umschrieben. Es heisst, eine Gruppe von Menschen (in unserem Fall die Frauen) sei von innen heraus, von Natur aus zu bestimmten «Aktivitäten» – gehe es auch um passives Reagieren – vorbestimmt und mit entsprechenden Eigenschaften ausgestattet. Man könnte von endogenem (med. Fachausdruck für von innen kommend) Determinismus reden; wie viele Frauen werden vom Psychiater nicht als endogen Depressive klassiert? Der in Frage stehenden sozialen Gruppe werden Attribute zugeschrieben, die ausserhalb jeglicher gesellschaftlicher Verhältnisse existieren sollen, also überhistorischen Charakter hätten.

schaft aller Frauen glorifiziert wird, so hat dies die Funktion, Frauen an eine bestimmte Art von Tätigkeit (Schwangerschaft/Geburt, Erziehung/Hausarbeit) zu ketten und gleichzeitig ihre Arbeitsverhältnisse (Gratisarbeit innerhalb der Familie) zu verfestigen. Unter «gratis» wird hier die Tatsache verstanden, dass das, was die Ehefrau/Mutter/Hausfrau erhält – der Unterhalt –, nichts zu tun hat mit der Qualität oder der Quantität der von ihr geleisteten Arbeit, sondern einzig und allein vom Einkommen und guten Willen des Ernährers abhängt.

Die «Andersartigkeit der Frau»

Aber nicht von Arbeitsverhältnissen, vielmehr von «natürlichen» Unterschieden, von «Andersartigkeit» ist die Rede. Frauen sind intuitiv, sensibel, hilfsbereit, gefühlsbetont, unsorgend, eitel, stolz, muskelschwach. Sie sind anders. Anders als wer oder was? Rein logisch ist es unmöglich, einfach anders zu sein. Frauen sind «natürlich» anders als Männer, lautet die Antwort. Dahinter liegt ein Mechanismus, den es aufzudecken gilt: Die Herrschenden sperren die Beherrschten in der Andersartigkeit ein, wobei erstere den Bezugspunkt darstellen und den Massstab festlegen. In diesem Zusammenhang bedeutet die Forderung des «Rechts auf Andersartigkeit» nichts anderes als die Forderung des Rechts auf Unterdrückung.

Häufig ist uns gar nicht bewusst, dass alltägliche Aussagen über Frauen stets die Männer zum Massgebenden machen. Wenn gegenwärtig vielfach betont wird, dass die Löhne der Frauen im Durchschnitt ein Drittel tiefer liegen als diejenigen der Männer, so wird verschwiegen, dass Männer die Hälfte mehr verdienen als Frauen.

Umwertung aller Werte: Anderssein ist schön

Seit der Renaissance der Frauenbewegung Anfang der 70er Jahre hat sich die Tendenz entwickelt, «weibliche» Attribute aufzuwerten. Gewisse Männer wollen von uns die Intuition, die Spontanität, das Ausdrücken der Gefühle lernen. Im selben Atemzug wird auch positiv hervorgehoben, Frauen hätten ein weniger entfremdetes (also der Natur eher entsprechendes) Verhältnis zum eigenen Körper. Damit wird implizit postuliert, es gebe ein Verhältnis zum eigenen Körper, das nicht gesellschaftlich vermittelt sei. Anstatt eine sogenannte direkte, natürliche Beziehung zum eigenen Körper zu idealisieren, sollte vielmehr eine andere Sozialisierung des Körpers gefordert werden.

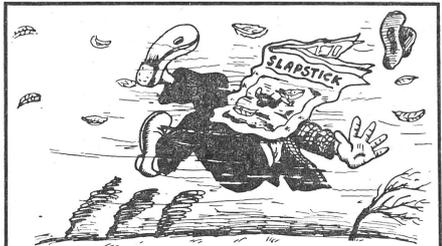
Als besondere Qualität der Frauen gilt ihr Einbeziehen der Subjektivität in jegliche Situation und Tätigkeit. Wie bei allen gelobten «weiblichen» Merkmalen

Feministische Wissenschaft

Feministische Wissenschaft muss also von der Unterdrückung der Frauen ausgehen und die Realität in ihrer Gesamtheit aus diesem Blickwinkel erfassen. Untersuchungsgegenstand wäre dann die patriarchalische Gesellschaftsformation und ihre Ausprägungen auf individuell-psychischer, auf juristischer Ebene, im Bereich der Kunst usw.; das Ganze müsste auch historisch aufgearbeitet werden. Viele Frauen sind sich einig, dass die Erfassung des Patriarchats die herrschende Analyse der Gesellschaft grundsätzlich modifizieren würde.

bewegung in unsern Breitengraden greift er wie ein Geschwulst um sich und hält sogar in jenen Kreisen Einkehr, die am meisten Grund hätten, sich dagegen zu wehren. Tatsächlich stellt der Biologismus in Form der modernen Weiblichkeitsideologie – zusammen mit

„Warum ich ohne die Zeitschrift SLAPSTICK nicht mehr leben kann.“



Albert Hübner, Bühnenbildner (31), aus Hamburg: „Wer SLAPSTICK liest, wird den umwerfenden komischen Humor schnell schätzen lernen!“

SLAPSTICK

Das Weltblatt des Humors
Immer Mitte des Monats am Kiosk • DM 2,60

Diese Seite gefällt uns auch nicht. *)

Abonnieren Sie **das konzept**

FÜR NUR 18 FRANKEN ERHALTEN SIE EIN JAHR LANG
JEDEN MONAT "DAS KONZEPT" FRANKO HAUS ZUGESTELLT
(AUSLAND 22 FR.).

*Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis
Ende Jahr.*

ICH BESTELLE EIN ABBONNEMENT "DAS KONZEPT"
(Zutreffendes ankreuzen)

- OKTOBER 1978 BIS DEZEMBER 1979 FÜR 22 FR.
 UNTERSTÜTZUNGSABBONNEMENT (DOPPELTER BETRAG)
 GESCHENKABBONNEMENT (ADRESSE FÜR RECHNUNG NICHT
VERGESSEN)

NAME, VORNAME:

PLZ, WOHNORT:

STRASSE, NR.:

BERUF: DATUM:

*Talon einsenden an: das konzept, Weinbergstr. 31,
CH-8006 Zürich.*

*) SIE MÖCHTEN HIER ANDERES LESEN. WIR MÖCHTEN
HIER ANDERES SCHREIBEN.

ZUM BEISPIEL ÜBER SEVESO, WO DIE GESCHÄDIGTEN
NOCH IMMER NICHT ZU IHREM RECHT GEKOMMEN SIND.

ZUM BEISPIEL ÜBER DEN GEFÄHRLICHEN BERUF DER
BASLER CHEMIE ARBEITER.

ZUM BEISPIEL ÜBER DIE SICHERHEITSSYSTEME DER
KERNKRAFTWERKE IN DER SCHWEIZ.

UND SO WEITER.

DAMIT WIR ÜBER DIESE UND DIE VIELEN ANDEREN
PROBLEME AUCH IN ZUKUNFT KRITISCH UND OHNE
SCHEUKLAPPEN INFORMIEREN KÖNNEN, BRAUCHEN WIR
IHR ABBONNEMENT.

DENN UNSERE UNABHÄNGIGKEIT IST DIE ABHÄNGIGKEIT
VON DEN ABBONNENTEN.

